



ANKLAGEN

Frühjahr 2023

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN



Im Iran von Sicherheitskräften niedergeschossen oder zu Tode geprügelt

Frauen im Iran in Porträts – „Frau, Leben, Freiheit“ ■ Israel und Apartheid: Kritik der Vereindeutigung des Israel-Palästina-Konfliktes ■ Von Kriegsverbrechern und Nummernschildern – Konflikt zwischen Serbien und Kosovo ■ Peru – ein Land im Ausnahmezustand ■ Kubanische Regierung reagiert auf Massenproteste mit Haftstrafen und Verschärfung der Strafgesetze

Inhalt

Editorial	2
Frauen im Iran in Porträts – „Frau, Leben, Freiheit“	3
Israel und Apartheid: Kritik der Vereindeutigung des Israel-Palästina-Konfliktes	6
Von Kriegsverbrechern und Nummernschildern – Konflikt zwischen Serbien und Kosovo.....	10
Peru – ein Land im Ausnahmezustand	12
Kuba: Regierung reagiert auf Massenproteste mit Haftstrafen und Verschärfung der Strafgesetze.....	16
Veranstaltungshinweis: Gesicht zeigen gegen Antisemitismus!	20
Briefe gegen das Vergessen	21

Impressum

ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.

ANKLAGEN erscheint 4-mal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.

Redaktion:

Benedikt Dorfner, Christian Eisenreich, Sophie Holzäpfel, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Victoria Kropp, Joachim Lerchenmüller, Mandy Lüssenhof, Eva Scheerer (ViSDP), Heiderose Schwarz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

07.02.2023

Auflage: 4.100

Druck: Druckerei Deile, Tübingen.

Titelbild: Einige der Jugendlichen, die im Zusammenhang mit den Protesten im Iran von Sicherheitskräften rechtswidrig niedergeschossen oder zu Tode geprügelt wurden. ©Amnesty International

Der Nachdruck aus ANKLAGEN ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir sind im zweiten Jahr des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, und ein Ende ist nicht absehbar. Wie schwer es ist, als Angreifer einen Weg aus dem Krieg zu finden, wissen wir Deutsche aus leidvoller historischer Erfahrung: Die überwältigende Mehrheit der Deutschen ertrug im Zweiten Weltkrieg eher die totale Zerstörung des eigenen Landes und millionenfaches Leid, als gegen die eigene verbrecherische Regierung aufzubegehren. Es gibt historische Situationen, in denen die Verantwortung für ein Ende des Krieges – oder für die Bedingungen eines Waffenstillstandes – bei den Angegriffenen liegt und bei jenen, die mit Waffenlieferungen helfen, das Völkerrecht zu verteidigen. Das mag vielen in der konkreten Situation unerträglich erscheinen, aber was ist die Alternative?

Die Beiträge des vorliegenden Heftes erinnern uns daran, dass auch in anderen Teilen Europas und der Welt Menschen unterdrückt und ihrer Rechte beraubt werden. Die iranischen Behörden geben nach wie vor mit brutaler Gewalt gegen ihre eigene Bevölkerung vor, weil diese insbesondere die Einschränkung der Rechte der Frauen nicht mehr widerstandslos akzeptiert. Anna Kaufmann porträtiert in ihrem Artikel die Schicksale einiger iranischer Frauen.

Der Machtkampf zwischen Regierung und Opposition in Peru führt seit der Absetzung des linksgerichteten Präsidenten Pedro Castillo im Dezember 2022 zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Protestierenden, Militär und Polizei. Sophie Holzäpfel liefert uns in ihrem Beitrag die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen. Amnesty International traf am 15. Februar Perus amtierende Präsidentin Dina Boluarte und forderte, dass die Behörden und insbesondere die Präsidentin Maßnahmen ergreifen sollen, um die Stigmatisierung von Demonstrierenden zu beenden.

Die Menschenrechtslage in Kuba ist seit Jahrzehnten schlecht, wie Eva Scheerers Beitrag deutlich macht. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des Hurrikans „Ian“ im Herbst letzten Jahres haben die Unzufriedenheit der Menschen auf Kuba weiter gesteigert, worauf die Regierung mit verschärfter Repression antwortet.

In Südosteuropa bleibt die Lage im Kosovo angespannt und kann schnell zu einem bewaffneten Konflikt führen, wie der Beitrag von Christian Eisenreich zeigt. Er macht auch deutlich, wie wichtig die physische Präsenz und das diplomatische Engagement der internationalen Gemeinschaft in dieser Region ist.

In einem Gastbeitrag setzt sich Hans-Ulrich Probst, Mitglied der Württembergischen Evangelischen Landessynode, mit dem von Amnesty International erhobenen Vorwurf auseinander, der Staat Israel praktiziere ein System der Apartheid (siehe ANKLAGEN Frühjahr 2022). Der Gastbeitrag resultiert aus einer Podiumsdiskussion, zu der die Tübinger Eberhardsgemeinde im Dezember 2022 eingeladen hatte. Für uns als Redaktion ist es ein Zeichen demokratischer Diskurskultur, dass die Eberhardsgemeinde einen Vertreter von Amnesty als Redner einlud und dass wir der Kritik an Amnesty in unserem Heft Raum geben.

Joachim Lerchenmüller

ANKLAGEN im Internet:

Online-Ausgabe: www.anklagen.de

E-Mail: info@amnesty-tuebingen.de

Sie finden das Amnesty-Büro in der

Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,

Internet: www.amnesty-tuebingen.de

Beratungstermine für Interessenten:

donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)

Es wird empfohlen, per E-Mail einen Termin zu vereinbaren:

hsg@amnesty-tuebingen.de

Frauen im Iran in Porträts – „Frau, Leben, Freiheit“

Wie leben Frauen in einem Land, das seit 44 Jahren von einem diktatorischen Regime regiert wird? Was ist übrig vom feministischen Minirock der 1980er Jahre in Teheran? Nach der Iranischen Revolution 1979 hat sich das Land ganz anders entwickelt als erhofft. Der erste Golfkrieg kam dazwischen und damit die wachsende Macht des iranischen Militärs.

Seit 1981 gilt im Iran die Pflicht zur Vollverschleierung für Frauen. Die Reaktion auf die Wiedereinführung des Kopftuchs im März 1979 war noch heftig gewesen, aber irgendwann im Getriebe der Diktatur untergegangen. Seitdem werden immer wieder Frauen von der Sittenpolizei festgenommen. Die dritte Generation, die im Iran mit den sozialen Medien aufgewachsen ist, nimmt sich trotz allem, was sie braucht. Sie nutzt alle Schlupflöcher, die offenstehen. Reisebusse werden bei zugezogenen Vorhängen zu fahrenden Discos. Sie treiben Kampfsport, fahren Skateboard, tanzen und singen auf Teherans Straßen und schleichen sich in Fußballstadien und nutzen die sozialen Medien. Doch was tun, wenn Internetseiten blockiert werden? Und wenn man sich einfach nicht mehr länger mit der Situation abfinden kann? Nach der Festnahme und dem Tod der Studentin Mahsa „Jina“ Amini identifizieren sich Gleichgesinnte mit harmlosen Sätzen wie „9 Uhr“ oder „Wie ist das Wetter heute?“ und gehen zum Protestieren auf die Straßen. Der zentrale Protestslogan lautet „Frau, Leben, Freiheit“. Bei den Protesten im September schießen und schlagen Sicherheitskräfte auf die Demonstrierenden ein. Hunderte werden getötet oder festgenommen. Schlimmer als der Tod, sagen einige, sei aber das Evin-Gefängnis. Spöttisch nennen sie es „Evin University“, aufgrund der hohen Dichte an Schriftstellern und Intellektuellen dort. In diesem Gefängnis lässt die Machtelique um Ajatollah Ali Chamenei Oppositionelle einsperren und systematisch vergewaltigen. In Scheinprozessen steht am Ende oft die Verurteilung zur Todesstrafe. Trotz allem wollen die Frauen im

Iran ihr Land nicht aufgeben, sie kämpfen für einen Iran, in dem Frauen frei sein können. Sie sammeln Beweisvideos und schicken diese an Verwandte im Ausland. Die Proteste mögen den Iran nicht von heute auf morgen zu einem demokratischen Staat machen, aber sie sind ein Hoffnungsfunkel für das Land, das seit Jahren von einem diktatorischen Regime heruntergewirtschaftet wird und in dem Ali Chamenei als Oberster Führer so viel Macht hat, dass man ihm nachsagt, er könne alles bestimmen, sogar das Wetter. Hoffnung machen die Widerständischen, die auf den Balkonen schreien: „Nieder mit dem Diktator.“ Und Hoffnung macht auch, dass Männer und Familien hinter den Frauen stehen und sich an den Protesten beteiligen.

Mahsa „Jina“ Amini, 22 Jahre, Lehramtsstudentin, war nicht politisch und wollte nie Märtyrerin werden. Sie wurde am 16. September 2022 durch die Sittenpolizei verhaftet und in Haft geschlagen. Nach drei Tagen im Krankenhaus verstarb sie. Ihr Tod löste eine Welle von Protesten für Frauenrechte im Iran aus.

Hadis Najafi, 22 Jahre, Tik-Tokerin, hatte einen Abschluss in Modedesign und arbeitete als Kassiererin in einem Restaurant in der nahe Teheran gelegenen Großstadt Karadsch. Sie teilte auf Tiktok und Instagram Eindrücke aus ihrem Leben mit zehntausenden Followern und veröffentlichte Tanz- und Musikvideos, immer im privaten Umfeld. Mal trug sie dabei den im Iran für öffentliche Räume vorgeschrie-

benen Hidschab, mal nicht. Sie liebte Popmusik und sprach sich nicht öffentlich für Frauenrechte im Iran aus, sondern trat für das Recht auf Freizügigkeit ein. Ihrer Schwester gegenüber sagte sie, Mahsa Aminis Tod habe ihr Herz gebrochen, sie werde dazu nicht schweigen. Sie werde nicht aufhören, Gerechtigkeit für Mahsa Amini zu suchen. Am 21. September 2022 nahm sie erstmals an einer Demonstration in ihrer Heimatstadt teil. Sie wurde dabei mit sechs Schüssen an Brust, Gesicht und Hals getroffen und verstarb.



Die 16-jährige Nika Shakarami nahm im September 2022 an den Mahsa-Amini-Protesten teil und wurde von Sicherheitskräften getötet.

Foto: www.amnesty.org

Nika Shakarami, 16 Jahre, Kellnerin, liebte Schwarz, Zeichnungen von Totenköpfen und lebte bei ihrer Tante in Teheran, der Hauptstadt des Iran. Sie arbeitete in einem Café, nachdem ihr Vater verstorben war, und hatte eine Freundin in Deutschland. Auch Shakarami nahm an den Protesten für Mahsa Amini teil, aber einen Tag früher, am 20. September. Ihren Verwandten sagte sie, sie wolle ihre Schwester besuchen. Sie verließ das Haus gegen 13 Uhr und ging, mit einer Flasche Wasser und

einem Handtuch zum Schutz vor Tränengas bepackt, zum Protest. Ihre Freunde sagen, Shakarami sei während der Proteste furchtlos gewesen und habe unaufhörlich Slogans skandiert. Offenbar war sie von ihren Freunden getrennt worden, als die Proteste immer dichter wurden, denn ihre Freunde sahen sie zuletzt gegen 15 Uhr. In einer Nachricht an einen ihrer Freunde sagte sie, sie werde von Sicherheitskräften gejagt. In Filmmaterial von CNN ist zu sehen, wie sie sich im Verkehr hinter Autos versteckt und zu einem Fahrer sagt: „Nicht bewegen, nicht bewegen“, was eine Verfolgung durch Sicherheitskräfte bestätigt. Am Abend des 20. Septembers wurden Shakaramis Telegram- und Instagram-Konten gelöscht und ihr Telefon ausgeschaltet. Laut CNN wurde ihr Telegram-Konto am 12. Oktober kurzzeitig von der iranischen Staatsanwaltschaft reaktiviert. Zehn Tage später wurde ihren Verwandten mitgeteilt, dass sich im Leichenschauhaus von Kahrizak, das sich in einem örtlichen Haftzentrum befindet, ein Körper sei, der Ähnlichkeit mit der Vermissten habe. Zur Veranschaulichung wurde ihnen ein Foto ihres leblosen Körpers gezeigt. Shakaramis Tante sagte in einem Interview, dass Shakaramis Nase völlig zerstört und ihr Schädel „durch mehrere Schläge eines harten Gegenstandes“, vielleicht eines Schlagstocks, gebrochen worden sei. Ihre Familie wurde zur Aussage gedrängt, ihr Tod sei ein Unfall gewesen.

Sarina Esmailzadeh, 16 Jahre, Schülerin, besuchte ein Gymnasium für Hochbegabte in Karadsch, wo sie mit ihrer Mutter und ihrem älteren Bruder lebte, ihr Vater war bereits gestorben. Esmailzadehs YouTube-Videos zeigen sie beim Musikhören und Reden über die persische Kultur und ihre Schule. Eine Aufnahme zeigt, wie sie zu dem Lied „Take Me

to Church“ mitsingt, während sie mit ihrer Familie Auto fährt. In einem anderen Video, das sie nach einer Prüfung aufnahm, sagt sie, nichts fühle sich besser an als Freiheit. Sie positionierte sich zu den Rechten von Frauen im Iran, äußerte ihrer Wut über die wirtschaftliche Lage im Iran und begründete ihre Ablehnung des Hidschabs. Am 23. September 2022 beschloss sie zusammen mit Klassenkamerad*innen, an den Protesten in Gohardasht teilzunehmen, wurde jedoch nahe der Sprachschule in Gohardasht, die sie besuchte, während des Protests niedergeschlagen. Ihre Mutter nahm sich nach dem Tod ihrer Tochter das Leben.

Sepideh Rashno, 28 Jahre, Künstlerin, Schriftstellerin, Editorin, wurde nach eineinhalb Monaten Haft am 30. August 2022 gegen eine Kautions von 800 Millionen Tomans vorläufig freigelassen. Ihr Bruder twitterte die Nachricht von ihrer Freilassung. Rashno wurde von einer weiblichen Sittenpolizei wegen ihrer Kleidung verwarnt, als sie am

16. Juli 2022 in Teheran in einen (Rapid Transit-BRT) Bus stieg. Es kam zu einem so heftigen Streit, dass die Aufseherin von anderen Passagieren gebeten wurde, den Bus zu verlassen. Diese hatte die Szene gefilmt und das Video online gestellt. Dadurch konnte die Identität von Sepideh Rashno ermittelt werden. Am 18. Juli wurde sie durch das Ministerium für Geheimdienst festgenommen und in Haft gefoltert.

Leila Hosseinzadeh, 31 Jahre, studentische Aktivistin, wurde bereits 2018 wegen ihrer Teilnahme an landesweiten Protesten im Jahr 2017 gegen die iranische Wirtschaftspolitik zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im März 2020 kam sie wegen gesundheitlicher Probleme aus dem Gefängnis frei. Im Dezember 2021 wurde sie wegen ihrer Teilnahme an einer Geburtstagsfeier für einen inhaftierten Studenten erneut verhaftet und ins Evin-Gefängnis gebracht. Ihre ursprüngliche fünfjährige Haftstrafe, die zwischenzeitlich auf zweieinhalb Jahre reduziert worden war, wurde erneut durch ein Berufungsgericht bestätigt. Am 3. Januar 2022 wurde sie auf Kautions aus der Haft entlassen. Hosseinzadeh ist Masterstudentin der Anthropologie an der Universität Teheran und war Vorsitzende der Studierendenvertretung. Die Studentin setzte sich friedlich für die Belange vieler Student*innen ein und organisierte dafür auch Protestaktionen auf dem Universitätscampus wie zum Beispiel Sitzstreiks.

Hengameh Ghaziani, 52 Jahre, Schauspielerin und Übersetzerin, hat verschiedene iranische Filmauszeichnungen erhalten, unter anderem zwei Crystal Simorgh, einen Hafez Award und einen Iran Cinema Celebration Award. Im November 2022 wurde sie verhaftet, da sie



Elnaz Rekabi hatte es gewagt, während der Mahsa-Amini-Proteste bei einem internationalen Wettbewerb im Oktober 2022 ohne Kopftuch zu klettern. Seither steht sie unter Hausarrest.

Foto: <https://twitter.com/amnesty>

Mahsa-Amini-Demonstrationen öffentlich auf den Plattformen der sozialen Medien unterstützt hatte.

Elnaz Rekabi, 33 Jahre, Seoul-Olympiateilnehmerin im Klettern, hatte bei einem internationalen Wettbewerb im Oktober 2022, während der Mahsa-Amini-Proteste, eine Kontroverse ausgelöst, da sie ohne Kopftuch geklettert war. Sie verschwand am selben Tag, kehrte aber dann unter dem Jubel ihrer Fans in den Iran zurück. In einer öffentlichen Aussage musste sie sich zu dem Verstoß gegen das Sittengesetz im Regierungsfernsehen äußern und steht seitdem unter Hausarrest. Ihr wurde unter anderem angedroht, dass das Eigentum ihrer Familie zerstört würde. Ein Video zeigt das zerstörte Haus ihrer Familie. Die iranische Verwaltung gab an, das Haus sei illegal gebaut worden, daher sei die Zerstörung legitim.

Aida Rostami, 36 Jahre, Ärztin, versorgte verletzte Demonstrierende in der Nachbarschaft ihrer Arbeitsstelle im Krankenhaus, in Ekbatan und anderen Distrikten in Westteheran, bis sie am 12. Dezember 2022 verschwand. Die Behörden behaupteten, sie sei von einer Brücke gestürzt, ihre Familie jedoch bemerkte an der Leiche Anzeichen von Folter und sexuellem Missbrauch, darunter Nähte an ihrem Augenlid, wo der Augapfel vollständig entfernt worden war. Der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte schrieb einen offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), um sich für Ärzt*innen im Iran einzusetzen, der unter anderem von der Bundesärztekammer mitgetragen wird.

Abrufbar unter:

https://twitter.com/demokrat_aerzte/status/1604479742098526209

Katayoun Riahi, 61 Jahre, Schauspieler*in und CEO, hat zahlreiche Filmpreise erhalten, darunter drei Hafez-Preise und eine Nominierung für den Iran Cinema Celebration

Award. Sie ist außerdem Gründerin und Geschäftsführerin der Komak Charity Foundation und Botschafterin der Mehrafarin Foundation. Riahi war eine der ersten Prominenten, die auf Social Media, inmitten der Mahsa-Amini-Proteste, ihren Hidschab ablegte und unter ihr Beweisfoto schrieb: „Die iranischen Frauen sind die Stimmen der anderen“ und „Schluss mit den Lügen!“ Der Versuch der Sicherheitskräfte, sie in ihrem Haus zu verhaften, scheiterte zunächst. Schließlich wurde sie jedoch zwei Monate später in ihrer Villa in einem Vorort von Qazvin, knapp 180 km nordwestlich von Teheran, festgenommen.

Mitra Hajjar, 45 Jahre, Schauspieler*in und Umweltaktivist*in, begann ihre Schauspielkarriere mit „Strangely“ unter der Regie von Ahmad Amini. Sie war auch in Fernsehserien wie „Young Police“ zu sehen. In Frankreich spielte sie in der Theatershow „Uncle Vania“ mit. Im Jahr 2005 verließ sie den Iran, ging nach Frankreich und dann nach Amerika, um Regie zu studieren. Sie lebte drei Jahre lang im Ausland und spielte auch in einer Episode der amerikanischen Show „Smith“ mit. Hajjar wurde zu Hause festgenommen. Sie hatte sich in den sozialen Medien zu den Protesten geäußert.

Sahar Ghorisihi, 35 Jahre, Schauspieler*in und Model, begann ihre Schauspielkarriere 2009 mit ihrer Rolle in der Fernseh-Show „Laj-o-Laj Bazi“ (deutsch: Hartnäckigkeit). Berühmt wurde sie im Iran durch ihr Auftreten in der Fernsehserie „Delnavazani“. Im Iran ist sie auch durch ihre frühere Beziehung zu dem iranischen Fußballer Mehdi Taremi und die jetzige Beziehung zum iranischen Sänger Amir Tataloo bekannt. In den sozialen Medien zeigte sie sich während der landesweiten Proteste ohne Hidschab, bisher aber ohne Folgen.

Taraneh Alidoosti, 38 Jahre, Schauspieler*in, ist international für ihre Rolle im Oskar-prämierten

Film „The Salesman“ (2017) bekannt. Beim Filmfestival von Cannes errang sie bereits 2016 internationale Aufmerksamkeit. Ein Post auf Instagram während der Mahsa-Amini-Proteste, der ein Bild zeigt, auf dem sie keinen Hidschab trägt, veranlasste iranische Sicherheitskräfte



Die 22-jährige Studentin Bita Haghani wurde wegen „Verdorbenheit auf Erden“ zum Tod verurteilt.

Foto: <https://twitter.com/amnesty>

te zur ihrer Festnahme. Am 4. Januar 2023 wurde sie freigelassen.

Bita Haghani, 22 Jahre, Blogger*in und Grafikdesign-Studentin, der Technischen Universität Ghodsieh in Sari (Provinz Mazandaran, Nordiran) wurde am 18. Oktober festgenommen. Sie wurde 20 Tage ohne Kontakt zur Öffentlichkeit oder ihrer Familie verhört und in Einzelhaft gehalten. Nach der Isolationshaft wurde sie in das Ghaemshahr-Gefängnis verlegt. Ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren wurde sie zum Tode verurteilt. Das Gerichtsurteil lautet „Verdorbenheit auf Erden“, damit droht ihr die Hinrichtung.

Nazi „Fateme“ Habibi, 30 Jahre, Theaterschauspieler*in und Grafiker*in, wurde am 24. November 2022 von Sicherheitskräften des iranischen Regimes in Teheran festgenommen. Die Schauspieler*in hatte zuvor mit weiteren Künstler*innen eine Performance auf den Straßen Teherans aufgeführt, um Protest gegen das Regime auszudrücken.

Anna Kaufmann

Israel und Apartheid: Kritik der Vereindeutigung des Israel-Palästina-Konfliktes

Gastbeitrag von Dr. Hans-Ulrich Probst, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Praktische Theologie, Tübingen; Mitglied der Evangelischen Landessynode Württemberg

Israel – ein Apartheidsstaat? Die Kampfvokabel „Apartheid“ wurde mit dem Bericht „Israel's Apartheid against Palestinians“, der im Februar 2022 von Amnesty International (AI) publiziert wurde, in die öffentliche Debatte getragen. Die Wogen schlugen hoch: AI wurde Einseitigkeit im Israel-Palästina-Konflikt und teilweise auch israelbezogener Antisemitismus vorgeworfen. Sind diese Vorwürfe gerechtfertigt?

Auch in Tübingen blieb dieser Bericht nicht ohne Reaktion. Die evangelische Eberhardsgemeinde in der Tübinger Südstadt lud zur Diskussion, in dessen Folge auch der vorliegende Beitrag entstand: Seit Jahren werden in der Kirche die „Briefe gegen das Vergessen“ von AI ausgelegt; dem Thema der universellen Menschenrechte wird in der Gemeinde eine hohe Bedeutung beigemessen. Ein anderer Schwerpunkt der Gemeindegarbeit ist der jüdisch-christliche Dialog, der auch mit einer dezidierten Antisemitismuskritik einhergeht. Der Bericht von AI führte scheinbar in eine gewisse Dilemmasituation: Gehen beide Schwerpunkte zusammen? Oder müssen wir uns entscheiden: entweder – oder?

Bevor ich einige Anmerkungen zum AI-Bericht selbst und zum Terminus der Apartheid anbringe, will ich diese Dilemmasituation in einer Kirchengemeinde als Ausdruck einer gesellschaftlich deutlich breiteren Entfremdung von AI beschreiben: In zahlreichen medialen Beiträgen kam die Irritation gegenüber AI zum Ausdruck. Warum, so fragte beispielsweise der Leiter der Anne-Frank-Bildungsstätte in Frankfurt, Meron Mendel, in einem lesenswerten Beitrag in der Wochenzeitung „Die Zeit“, konzentriert sich AI in dieser Weise auf den Staat Israel? Der Bericht sei in seiner Einseitigkeit und seiner klaren Schuldzuweisung gegenüber Israel eine „Einladung zur Selbsterstörung“ von AI.

Die heftige Auseinandersetzung und die Kritik an der Boykott-Bewegung BDS (Boycott, Desinvestment and Sanction) übertrug sich so in einer öffentlichen Debatte nun auf AI. Das hat der Organisation, die vom Vertrauen in der politischen Öffentlichkeit und durch ihre Unterstützer:innen lebt, geschadet. Die Irritationen innerhalb einer einzelnen Kirchengemeinde spiegeln seismographisch den größeren gesellschaftlichen Kontext wider.

Ich möchte in diesem kurzen Beitrag nun auf den Bericht von AI zurückgreifen, um dann auf den Begriff der Apartheid einzugehen. Diese Auseinandersetzung geschieht in erster Linie aus einer antisemitismuskritischen Perspektive, die die historischen Vorgänge und politischen Verhältnisse in Israel und den angrenzenden Ländern und Territorien mit in Betracht zieht. Es ist sinnvoll, gerade in diesem Konfliktfeld zunächst die eigene Position nicht als „objektiv“ zu beschreiben. Das Denken über Israel spiegelt die Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie wider. Gerade in der Analyse und Bewertung der Lage in Israel und den palästinensischen Gebieten braucht es die Reflexion der eigenen Position:

Vor zehn Jahren habe ich in Jerusalem gelebt und dort im Rahmen meines Theologie- und Judaistik-Studiums an der Hebrew University studiert. Zuvor habe ich viele Jahre bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gearbeitet und u. a. Überle-

bende der Shoah betreut. Zahlreiche Kontakte verbinden mich seit dem Studienjahr in Jerusalem mit Kommiliton:innen aus dem West- und Ostteil der Stadt. Das Jahr war in gewisser Weise zweigeteilt: Zunächst lebte ich mit einer palästinensischen Familie im Herzen der Altstadt Jerusalems. Toni, der Sohn der Familie, lehrte als junger Ökonomie-Dozent an der palästinensischen Birzeit-University und nahm mich einige Male mit auf seinen Weg durch das Chaos des Calandia-Checkpoints in Ostjerusalem zur Universität. Er zeigte mir den Campus, stellte mich zahlreichen Kolleg:innen vor. Nach einem halben Jahr wechselte ich in einen Westjerusalem Stadtteil und zog zu vier Kommiliton:innen aus der Hebrew University: Unter meinen neuen Mitbewohner:innen herrschte absoluter Konsens über die Ablehnung der Besatzung im Westjordanland und der Siedlerbewegung. Noam, einer der Mitbewohner, engagierte sich bei Breaking-the-Silence, einem Verband von Ex-Soldat:innen, die von ihren Erfahrungen in der West-Bank berichten. Ofer, ein weiterer Mitbewohner, war bei der israelischen Partnerorganisation der Naturfreunde aktiv und unterstützte Begegnungsprojekte mit palästinensischen Jugendlichen.

Aus beiden Teilen des Jahres entstand ein Blick auf den Konflikt in Israel-Palästina, der in erster Linie durch eine hohe Ambivalenz geprägt war: Zwar erzeugten viele

Einzelsituationen jeweils eine eigene sehr hohe Plausibilität, dass doch nur die eigene Gruppe das Recht auf ihrer Seite habe: Als ich die Zerstörungen von agrokulturellem Land eines palästinensischen Bauern sah; als eine jüdisch-israelische Kommilitonin nur knapp einem terroristischen Anschlag auf ihren Bus zur Universität entging; als unsere Studiengruppe im Austausch mit Siedler:innen in der Nähe von Nablus war, die ohne Rücksicht auf die palästinensische Bevölkerung vom biblischen Recht auf Samaria schwadronierten; als ein älterer Palästinenser in Ramallah ohne mit der Wimper zu zucken festhielt: „Da ihr Deutschen es nicht geschafft habt, müssen wir den Krebs der Israelis zerstören.“ In diesen Situationen schien eine Eindeutigkeit der zwangsläufigen Bewertung des Konfliktes einzuziehen. Und doch ließen diese Momente mich wenige Zeit später schon ratlos zurück, wie denn ein Gesamtbild des Konfliktes daraus entstehen könne. Und dieser Gesamtblick kann meines Erachtens nur im Moment der Ambiguität geschehen: Anstelle der klaren Wahrheit bringt dann die individuelle Auseinandersetzung ein „ja, aber andererseits auch ...“ hervor. Diese Ambivalenzen stellen sich dann ein, wenn ich immer wieder neu den Perspektivwechsel vornehme und verschiedene Stimmen zu Wort kommen lassen kann.

Diese Offenheit dafür, dass sich die Verhältnisse als diffuser zeigen, als sie von einer Seite der Konfliktparteien dargestellt werden, scheint der zentrale Aspekt zu sein, mit dem sich der Bericht von AI schwertut: Es ist ein ein-deutiger Blick und eine ver-ein-deutigende Analyse des gesamten Konfliktes, der sich auf den über 280 Seiten findet. Denn festgehalten wird von Anfang an: Das Problem im Konflikt ist der Staat Israel. Israel sei seit der Staatsgründung 1948 alleine verantwortlich für die Unterdrückung der Palästinenser:innen; Israel habe gar mit der Staatsgründung die Absicht verfolgt,



„Schutzanlage“, „Grenzzaun“ oder „Gefängnismauer“? Die Bezeichnungen der Mauer in Ostjerusalem unterscheiden sich stark.

Foto: © Dr. Hans-Ulrich Probst

die Palästinenser:innen aus dem Staatsgebiet zu vertreiben und habe diesen Plan über die Jahrzehnte bis heute stets weiterverfolgt. Damit konzentriert sich der Bericht nicht nur auf aktuelle Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich heute konkret zeigen, sondern nimmt eine analytisch und methodisch irritierende und vereinfachende Geschichtsdeutung des gesamten Konfliktes vor:

„Seit seiner Gründung im Jahr 1948 hat der Staat Israel ein System geschaffen und hält es weiterhin aufrecht, das einer überwältigenden jüdischen Mehrheit den Zugang zu und den Nutzen aus einem Maximum an Territorium, Land und Ressourcen sichert, die zum Nutzen der jüdischen Israelis erworben oder kontrolliert werden, während die Rechte der Palästinenser, diese Enteignung anzufechten, eingeschränkt werden. Dieses System wurde überall dort angewandt, wo Israel eine effektive Kontrolle über Territorium und Land oder über die Ausübung der Rechte der Palästinenser ausgeübt hat.“ (S. 217; eigene Übersetzung)

Seit der Staatsgründung lässt sich, so der Bericht, eine Grundtendenz im israelischen Regierungshandeln festhalten: die Entrechtung und

Enteignung von Palästinenser:innen. Diesem Prinzip folgend kann es nur eine Seite geben, die dafür verantwortlich ist, dass noch kein Frieden eingekehrt ist. Stellt sich so eine analytisch präzise und kritische Geschichtsschreibung dar, die dem Bericht zugrunde liegen sollte? Lässt sich in dieser Weise die Komplexität der unterschiedlichen Konfliktlagen in der Region beschreiben?

Es ist mehr als fragwürdig, dass in einer historischen Zeitleiste des Konfliktes für die Jahre, in denen der Holocaust geschah, im Bericht eine irritierende Leerstelle steht. Während von der Shoah an den europäischen Jüdinnen und Juden keine Rede ist, wird das Narrativ der palästinensischen Nakba wiederholt aufgenommen (S. 41; 81). Die Nakba geschehe nun nicht nur in der Vergangenheit, sondern eigentlich bis heute. Hier greift AI auf das mit dem Begriff der Nakba verbundene Narrativ eines sich bis heute vollziehenden Genozids an den Palästinenser:innen zurück. Die parallel zur Vertreibung der Palästinenser:innen geschehende Flucht von Hunderttausenden arabischen Jüdinnen und Juden findet wiederum keine Erwähnung. Dieser Bericht kennt nur eine Seite der Menschenrechtsverletzung: Israel.



Tents of Nations: ein landwirtschaftliches Friedensprojekt in der Nähe von Bethlehem.

Foto: © Dr. Hans-Ulrich Probst

Die historische Herleitung ist durchaus wirkmächtig, wenn dem Bericht folgend die gleichen Prinzipien, die dem israelischen Regierungshandeln historisch eingetragen werden, auch heute erkennbar werden: Seit 1948 führt Israel ein Programm der beabsichtigten Dominanz, der Zerstörung und Vertreibung der Palästinenser:innen durch. Dieses Programm wird wechselnd für die Gegenwart wie für die Vergangenheit beschrieben (S. 12 und fast wortgleich für die historische Analyse S. 217).

Diese Gleichförmigkeit des Handelns lässt keine Mehrdeutigkeit des Konfliktes zu, sondern benennt den Täter und Ausgangspunkt des gesamten Konfliktes. Es ist eine klare dichotome Trennung zwischen Gut/Opfer/Palästinenser:innen und Böse/Täter/Israel, die im Bericht sowohl für die historische als auch gegenwärtige Analyse zu erkennen ist.

Die Verbindung des Bösen mit Israel geht jedoch noch weiter: Nicht nur Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen gingen und gehen von der israelischen Regierung aus, sondern den friedlichen Protesten der Palästinenser:innen werde „counterterrorism“ bzw. „terrorism“ (S. 12; 80; 86; 89) entgegengesetzt.

Israel setzt bewusst Terror gegen die Zivilbevölkerung ein; Organisationen, die von israelischer Seite als terroristisch gebrandmarkt wurden, werden im Bericht zu friedlichen Menschenrechtsorganisationen. Die Intifada ist ein gewaltfreier „Aufstand“, gegen den Israel mit „unrechtmäßigen Tötungen“ vorgeht (S. 42). Israel ist ein Regime, das gegen Zivilist:innen Terror ausübt – ein schrecklich einfacher und doch wirkmächtiger Gedanke, der den Bericht bestimmt.

Genau diese Zuteilung des Bösen und Guten kann im Kontext der Auseinandersetzung mit Israel als Muster einer antisemitisch geprägten Argumentation betrachtet werden. Stets war und ist das Judentum das dämonisch Andere und Böse, mit dem die Welt erklärt und die eigene Identität bestimmt bzw. reingewaschen wurde. Israel: Das sind die „Kinder des Teufels“, wie es nicht nur im Johannes-Evangelium heißt, sondern auch in modernen antisemitischen Programmschriften des 19. und 20. Jahrhunderts zu lesen ist. Der Bericht von AI vermeidet selbstredend die tabuisierten Sprachbilder des Antisemitismus. Und doch muss die beschriebene Eindeutigkeit des Berichtes im Rahmen der Antisemitismuskritik re-

flektiert werden: Ähnlich wie im Antisemitismus wird den Jüd:innen keine Möglichkeit eingeräumt, sich zu wandeln. Essentialistisch wird erklärt: Israel bzw. die Juden bleiben so, wie sie schon immer waren und heute sind. Da hilft keine Taufe, kein Wechsel der Staatsbürgerschaft, keine Aneignung einer nationalen Kultur, keine Friedensinitiativen. Genau diesem Prinzip folgt der Bericht von AI. Die universellen Menschenrechte werden zwar als leitendes Kriterium der Analyse geltend gemacht. Dies muss jedoch als diskursive Strategie bezeichnet werden, mit der die Nähe zu einer antisemitisch strukturierten Argumentation übertüncht wird.

Es ist ein extrem schwieriges und auch komplexes Debatten-Feld, auf dem wir uns hier bewegen: Die Auseinandersetzung mit Israel ist stark emotionalisiert und historisch vorgeprägt. Doch die Diskussion um die Geschehnisse im Staat Israel, der zunächst als Folge des Antisemitismus in Europa (und nicht als koloniales Projekt) zu verstehen ist, kann eben auf Grund der kulturell auch heute noch stark verwurzelten Judenfeindschaft nicht ohne die Reflexion des Antisemitismus auskommen. Plakative Statements wie „Wir lehnen Antisemitismus ab“ helfen da nur bedingt weiter. Seit 1945 richten sich antisemitische Argumentationen eben nicht mehr einfach gegen „die Juden“, da dies in Folge der Shoah gesellschaftlich (zu Recht) stark tabuisiert ist. Und dennoch zeigen alle Umfragen die erschreckende Präsenz der postnazistischen Judenfeindschaft in Europa auf: beispielsweise in Bezug auf die Umkehr des Verhältnisses von Opfern und Tätern oder die Verbreitung von Verschwörungserzählungen, die antisemitische Klischees bedienen. Daher müssen die eigenen Positionen motivsensibel daraufhin befragt werden, ob sie nicht „Sinnzusammenhänge“ einer tradierten Feindbildung gegen Jüd:innen verwenden. Auch wenn das nicht in das Genre eines Menschenrechtsberich-

tes von AI zu passen scheint, hätten sich die Autor:innen doch fragen müssen: Wem leisten wir mit diesem Bericht Vorschub?

Ohne Zweifel: Im Bericht von AI werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen aufgezählt und analysiert, unter der die palästinensische Bevölkerung leidet und die das tägliche Leben erschweren oder verunmöglichen: Nichts ist gutzuheißen an der Besetzung der Westbank; niemals kann einer rechten bzw. rechtsextremen Regierungspolitik, wie sie sich nun auch wieder im neuen Kabinett Netanjahus darstellt, ein Freifahrtschein ausgestellt werden; und nein, strukturelle Diskriminierung im Staat Israel, auch im Kontext des Nationalstaatengesetzes, muss als solche benannt werden. Niemals kann eine nationalistische Politik unwidersprochen bleiben. Und doch müsste eben an diesem Punkt der Analyse das oben angeführte Prinzip des „ja, aber andererseits auch ...“ seinen Platz bekommen. Warum kommen die Handlungen von terroristischen Organisationen, wie der Hamas oder der PLF, die massive Menschenrechtsverletzungen in ihrem Geltungsbereich und gegenüber Israelis durchführen, mit keinem Wort im Bericht vor? Insbesondere die Hamas erfährt eine unverständliche „Normalisierung“ durch den Bericht, wenn die Organisation als de-facto palästinensische Vertretung im Gaza-Streifen beschrieben wird. Wie kann es sein, dass in einem Bericht, in dem die Menschenrechtslage in Israel und Palästina thematisiert wird, mit keinem einzigen Wort den antisemitischen Klischees und Handlungen, nicht zuletzt durch offizielle Regierungsvertreter der PLO, nachgegangen wird? Ja, der Bericht von AI setzt sich mit aktuellen rechtlichen Diskriminierungen für Palästinenser:innen bzw. israelische Araber:innen sowohl in der Westbank als auch im Staat Israel auseinander. Und doch, es fehlt gänzlich die zweite Seite der Analyse.

Und so ist es eben nicht verwunderlich, dass nun der gesamte Be-

richt mit dem Begriff der Apartheid betitelt ist. Apartheid sei, so die Argumentation im Bericht und in einer Stellungnahme der deutschen Sektion von Amnesty, ja ein juristischer Terminus des Internationalen Strafgerichtshofes (Römisches Statut), der ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Ausdruck bringe. Die Resonanz, die dieser Begriff nun jedoch auslöst, führt in einen anderen Konflikt hinein: Mit dem Apartheidsbegriff geschieht ein *framing*, durch das Israel in eine direkte Nähe zum rassistischen Apartheidsystem in Südafrika versetzt wird. Die gleiche internationale Anprangerung wie in den 1980er Jahren und die Überwindung der Apartheid durch einen internationalen Boykott: Das schwingt alles durch die Begrifflichkeit der Apartheid mit.

Während Apartheid in den vergangenen Jahren regelmäßig für die besetzten Gebiete durch (israelische und palästinensische) Menschenrechtsorganisationen konstatiert wurde, geht nun AI mit dem Begriff eigene Wege: Der Bericht von AI ist durch eine maximale Ausweitung des Begriffes Apartheid charakterisiert: Nicht nur in der Westbank und gegenüber den Flüchtlingen von 1948 und 1967 herrsche Apartheid. Nein, so AI, im ganzen Land Israel herrsche doch letztlich Apartheid. Zur Erinnerung: Im Jahr 2022, in dem der Bericht veröffentlicht wurde, war ein integraler Teil der israelischen Regierungskoalition ein Bündnis arabisch-israelischer Parteien, das auch eigene Minister stellte. Arabische Israelis (ca. 20 Prozent der israelischen Staatsbürger) genießen Grundrechte, die vom obersten Gericht regelmäßig eingefordert werden. Arabische Studierende sind an israelischen Universitäten eingeschrieben; im diplomatischen Dienst Israels sind arabische Israelis repräsentiert. In vielen Teilen des Landes gibt es ein friedliches Zusammenleben zwischen jüdisch-israelischer und arabisch-israelischer Bevölkerung. Das soll nicht über strukturelle Diskriminierungen (bspw. durch

geringere Zuteilung finanzieller Mittel in arabische Kommunen) der arabischen Bevölkerung hinwegtäuschen. Und doch: Es ist eine Farce und losgelöst von der Realität, über den Begriff der Apartheid die Verhältnisse in Israel mit denen in den besetzten Gebieten zu vergleichen.

Mit der Analogie zum Apartheidsregime in Südafrika hat sich AI nun wiederum (zum eigenen Schaden) unweit der BDS-Bewegung positioniert, in der ebenfalls der Begriff der Apartheid ein zentraler Erkenntnisschlüssel für Israel ist. Die Forderung, die nun Akteur:innen von BDS erheben, ist der generelle Boykott Israels: Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf Produkte aus den besetzten Gebieten, sondern auf jeglichen Kontakt mit israelischen Organisationen, Wissenschaftler:innen oder Kulturschaffenden. BDS will den konsequenten Bruch mit Israel auf allen erdenklichen Ebenen. Sind es diese Forderungen, denen AI hier Vorschub leisten möchte? Es wäre das Ende einer universellen Menschenrechtsarbeit, die aus ihrem historischen Kern heraus die Abwehr und Kritik am Antisemitismus verfolgen muss.

Literatur:

Amnesty International (2022). *Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity*, London.

Holz, K./Haury, T. (2021). *Antisemitismus gegen Israel*. Hamburg: Hamburger Edition.

Mendel, M. (2022). *Eine Einladung zur Selbstzerstörung*. In: Die ZEIT (8. 2. 2022): <https://www.zeit.de/kultur/2022-02/amnesty-international-israel-apartheidstaat> (abgerufen am 25. 1. 2023)

Salzborn, S. (2022). *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*. Weinheim: BeltzJuventa.

Von Kriegsverbrechern und Nummernschildern – Konflikt zwischen Serbien und Kosovo

Wie groß die Spannungen zwischen Serbien und Kosovo auch 23 Jahre nach dem Kosovo-Krieg noch sind, wurde im Dezember 2022 deutlich. Ein Streit um Autokennzeichen und die daraus resultierende Kettenreaktion hätte beinahe eine erneute Gewaltspirale ausgelöst, erste Schüsse waren bereits gefallen. Einzig die nach wie vor starke Präsenz der Kosovo-Truppe KFOR und diplomatischer Druck durch die EU konnten die Lage vorerst wieder stabilisieren.

Der Kosovo-Krieg

Die autonome Provinz Kosovo galt lange als die „Wiege der Serben“, tatsächlich bildeten diese dort jedoch die klare Minderheit. Die Serben fühlten sich Ende der 1980er Jahre von der stark wachsenden Zahl an Kosovo-Albanern zunehmend bedroht und aus ihrer einstigen Heimat verdrängt. Auf der anderen Seite zeigten sich die Kosovo-Albaner unzufrieden mit dem eigenen Status Quo und strebten den Status einer Republik an. Um diese Ambitionen im Keim zu ersticken, entzog Serbien unter Machthaber Slobodan Milošević dem Kosovo 1989 sämtliche Verfassungsrechte. Ein offener Konflikt wurde in den nächsten Jahren vermieden, die Unabhängigkeitsbestrebungen des Kosovo schwelten im Hintergrund jedoch weiter.

Die Rechte der Kosovo-Albaner wurden immer weiter eingeschränkt. Als Reaktion baute ihr Anführer, Dr. Ibrahim Rugova, Ersatzstrukturen auf und etablierte so eine Form der gelebten Unabhängigkeit, vermied jedoch weiter offene Provokationen gegenüber den Serben. Im Jahr 1991 organisierte er eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Region Kosovo, um friedlichen Druck auf Serbien aufzubauen. Slobodan Milošević begann im Gegenzug mit der endgültigen Auflösung des Kosovo. Die Kosovo-Albaner fühlten sich verraten und für ihre jahrelange Konfliktvermeidung bestraft. Die Kosovo-Befreiungsarmee UÇK wurde gegründet, um die Unabhängigkeit militärisch zu erkämpfen. In den ersten Jahren noch nicht besonders schlagkräftig, häufte die

UÇK im Hintergrund große Waffenmengen an und startete 1998 einen koordinierten Angriff auf serbische Polizeistationen und Armeestützpunkte. Jugoslawische Spezialeinheiten vergalteten dies mit der Tötung Hunderter Kosovo-Albaner.

Balance-Akt der NATO

Die Weltgemeinschaft tat sich zunächst schwer damit, in den brutalen Konflikt einzugreifen. Da die Region zunehmend im Kriegschao versank, sah man sich jedoch rasch gezwungen, offen mit Bombenangriffen zu drohen. Nachdem die serbische Seite unter Milošević trotz aller diplomatischer Bemühungen Kompromisse und Waffenruhen ignorierte und sich kategorisch weigerte, einem bereits von den Kosovo-Albanern unterzeichneten Friedensabkommen zuzustimmen, griff man im März 1998 zur Ultima Ratio – die NATO begann mit Bombenangriffen. Dies war buchstäblich auch der Startschuss für die Serben, mit einer lange vorbereiteten Großoffensive die endgültige ethnische Säuberung der Region einzuleiten. Durch radikale Vertreibung aller Kosovo-Albaner sollte die UÇK zerschlagen werden. Vier Wochen nach Beginn der NATO-Luftangriffe waren bereits drei Viertel der Kosovo-Albaner vertrieben. Ihre Häuser wurden beschossen oder angezündet. Es soll auch zu zahlreichen Morden und Vergewaltigungen gekommen sein. Mit einem derart radikalen Vorgehen seitens Milošević

hatte die NATO nicht gerechnet und musste sich vorwerfen lassen, durch ihre Angriffe die Serben überhaupt erst zu massiven Kriegsverbrechen provoziert zu haben, anstatt die Situation zu deeskalieren.

Die Luftschläge der NATO sollten wohl dosiert mit chirurgischer Präzision ausschließlich die militärische Infrastruktur treffen. Die Ziele wurden im Vorfeld explizit genannt, um die Opferzahl zu minimieren – es sollte ein sauberer Krieg sein. Da dies jedoch auch den beiden anderen Kriegsparteien bewusst war, wurde Militärgerät einfach in Zivilgebäude verschoben und so dem Zugriff der NATO entzogen. Der Krieg zog sich dramatisch in die Länge und wurde zu einer reinen Materialschlacht. Erst nach mehrere-



Wegen diverser Kriegsverbrechen wurde Slobodan Milošević in Den Haag der Prozess gemacht. Seine Verurteilung erlebte er nicht mehr – er verstarb im März 2006 in seiner Zelle.

Foto: youtube/@ICTYtv

ren Wochen gelang es der NATO, durch anhaltende Zerstörung der Infrastruktur die serbische Armee so weit zu schwächen, dass sie sich der UÇK unterlegen sah und ihren Rückzug aus dem Kosovo ankündigte. Milošević wurde später vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag für seine Kriegsverbrechen angeklagt, verstarb allerdings nach über vier Prozessjahren im März 2006 kurz vor der Urteilsverkündung.

Um ein erneutes Aufflammen des Bürgerkriegs zu verhindern, blieb den Vereinten Nationen im Juni 1999 nichts anderes übrig, als mit der Resolution 1244 die Kosovo Force (KFOR) zu installieren. Diese NATO-Sondertruppe sollte zum einen den geordneten Rückzug der Serben sicherstellen und zum anderen provozierende Guerilla-Angriffe der UÇK unterbinden. Bis heute ist die KFOR in der Region stark präsent. Nach Angaben der Bundeswehr waren zu Redaktionsschluss noch 3.400 Soldaten im Kosovo stationiert, 70 davon in der deutschen Einheit unter Oberst Egon Frank. Seit 2013 sollte zudem ein Normalisierungsabkommen die Region stabilisieren. Es wurde von der Europäischen Union eingebracht und garantiert einer serbischen Minderheit im Norden des Kosovo Autonomie. Sowohl die Kosovo-Regierung als auch Serbien haben das Dokument unterzeichnet. Die serbische Minderheit selbst pochte jedoch weiter auf vollständige Selbstständigkeit und boykottierte das Abkommen.

Die jüngste Eskalation

Bei dieser Ausgangslage birgt bereits eine vermeintlich banale Angelegenheit wie ein einheitliches Autokennzeichen für den Kosovo enor-

mes Konfliktpotenzial. Als die Kosovo-Serben Ende 2022 gezwungen werden sollten, sich umzumelden und ihre inzwischen längst ungültigen Kennzeichen gegen kosovarische einzutauschen, kam es zu massiven Protesten der Minderheit. Sie werteten das Vorhaben als direkten Angriff auf ihre Souveränität. Viele serbischstämmige Polizeibeamte quittierten umgehend ihren Dienst. Erst eine Intervention der EU konnte Schlimmeres verhindern. Die Kosovo-Regierung rückte von ihrem umstrittenen Vorhaben bis auf weiteres ab – damit war die Angelegenheit politisch zunächst vom Tisch.

Die serbische Minderheit setzte ihre Proteste jedoch energisch fort.



Deutsche Panzer wurden 1999 als Teil der KFOR nach Prizren entsendet.

Foto: dbwv/dpa

Eine Kommunalwahl wurde boykottiert und wichtige Verbindungsstraßen mit quergestellten Lastkraftwagen unpassierbar gemacht. Es kam zu mehreren Schießereien. Die Festnahme des serbischen Ex-Polizisten



Wichtige Brücken und Straßen wurden von serbischen Lastern versperrt, um gegen den Zwangsaustausch alter serbischer Nummernschilder zu protestieren.

taz/Bojan Slavkovic/ap

Dejan Pantić als mutmaßlichem Drahtzieher des serbischen Widerstands führte zu schweren gegenseitigen Vorwürfen. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić verurteilte sie als offenen Akt der Diskriminierung, während der albanische Ministerpräsident Albin Kurti der serbischen Seite vorwarf, die Widerständler gezielt aufzuwiegeln. Am 28. Dezember 2022 schloss der Kosovo den größten Grenzübergang nach Serbien.

Die NATO konnte spätestens jetzt nicht mehr tatenlos zusehen. Die KFOR-Truppe wurde zu den Grenzpunkten und LKW-Sperren beordert, um dort Schlimmeres zu verhindern, während die EU und die USA eindringlich zur Deeskalation aufriefen. Tatsächlich wurden kurz vor dem Jahreswechsel am 30. Dezember 2022 durchaus überraschend sowohl die LKW-Blockaden als auch die Grenzsperrung aufgehoben, seither scheint sich die Lage im Kosovo vordergründig wieder beruhigt zu haben. Wo die serbische Kompromissbereitschaft auch zukünftig enden wird, stellte Serbiens Außenminister Ivica Dačić einige Tage später in Ungarn klar: Kosovo werde niemals als unabhängig anerkannt und die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht akzeptiert. Es dürfte also noch lange dauern, bis die KFOR überflüssig wird.

Christian Eisenreich

Peru – ein Land im Ausnahmezustand

Seit mehr als zwei Monaten tobt in Peru ein blutiger Kampf. Auslöser für die Unruhen war der Streit um den linksorientierten ehemaligen Präsidenten Pedro Castillo, der für die Menschen im Süden zu einer Art Ikone wurde. Dieser sitzt mittlerweile wegen Korruptionsvorwürfen in Untersuchungshaft. Seine Nachfolgerin, Dina Boluarte, wird von den Indigenen und linken Gruppen strikt abgelehnt und für die Polizeigewalt verantwortlich gemacht. Die Proteste gegen die Staatschefin dauern an – ein Ende ist derzeit nicht in Sicht, internationale Schlagzeilen reißen nicht ab. Die Protestwelle aus dem Süden des Landes hat die Hauptstadt längst erreicht.

Der Ursprung der Unruhen

„Peru ist ein Land mit tiefen Brüchen.“ Mit diesen Worten beschreibt der peruanische Politikwissenschaftler Paulo Vilca die Situation in seinem Heimatland. Diese Brüche ziehen sich wie tiefe Gräben durch die Bevölkerung, eine Brücke gibt es derzeit nicht. Die mehrfache Spaltung des Landes lässt das Ende der blutigen Proteste in weite Ferne rücken.

In der Hauptstadt Lima werden neue Hochhäuser gebaut und verglaste Bürotürme errichtet, es entstehen schicke Einkaufszentren, während es in vielen ländlichen Regionen kaum fließendes Wasser gibt. Wie jedes Land birgt auch Peru eine Geschichte mit vielen Kapiteln. Ei-

nes handelt vom Bürgerkrieg, ein anderes von einer autoritären Regierung. Anfang der 2000er Jahre begann jedoch ein Erfolgskapitel: Rohstoffexporte sorgten für einen wirtschaftlichen Boom, tausende Touristen wurden plötzlich von den Kulturschätzen des Landes angezogen. Goldene Zeiten brachen an – jedenfalls für die Bewohner der großen Städte, allen voran die Einwohner Limas. Peru gilt als zweitgrößter Kupferproduzent der Welt. Die Menschen, die im Süden des Landes leben, bekommen von diesem Reichtum jedoch kaum etwas ab. In der Hauptstadt dinieren die Menschen in edlen Restaurants, während Kinder im Süden des Landes teilweise nicht genug zu essen haben. Die indigene Bevölkerung leidet am

meisten unter der Situation – sie fühlt sich von der Regierung und dem Staat verraten.

Bei der Wahl 2021 kam es zu einem denkwürdigen Wendepunkt: Ausgerechnet der linksgerichtete Kandidat Pedro Castillo, einst ein Dorfschullehrer, wurde zum Präsidenten gewählt. Der Jubel in den ländlichen Regionen war groß. In Lima zeigten sich hingegen viele Bürger bestürzt über den unerwarteten Wahlsieg. Das Chaos schien vorprogrammiert – und es nahm seinen Lauf.

Minister mussten ausgetauscht werden und traten zurück, es kam zu wöchentlichen Kabinettsumbildungen. Die anfängliche Begeisterung klang langsam ab, es wurden immer wieder Misstrauensanträge gegen den Präsidenten eingereicht. Am 7. Dezember vergangenen Jahres versuchte dieser dann, den Kongress aufzulösen. Castillo wollte per Dekret regieren. Von Politikwissenschaftlern und Verfassungsrechtlern wurde dieser Schritt als illegale Machtübernahme gewertet. Das Ergebnis? Der Präsident wurde inhaftiert und wegen Rebellion angeklagt. Gemäß der Verfassung übernahm daraufhin die einstige Vize-Präsidentin Dina Boluarte das Amt.



Szene der Aufstände in Lima

Foto: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS, Rodrigo Abd



Pedro Castillo

Foto: dpa/Picture alliance

Nur wenige Tage später demonstrierten Peruaner in ländlichen Regionen gegen die Inhaftierung des ehemaligen Präsidenten und forderten Boluartes Rücktritt und Neuwahlen. Die Proteste wurden innerhalb kürzester Zeit gewalttätig und brutal. Mehr als 50 Menschen starben im Zuge der Unruhen, darunter sowohl Demonstrierende als auch Polizisten. Wie aber können die blutigen Konflikte gelöst werden? Würde Neuwahlen tatsächlich das Ende der Massendemonstrationen im Land bedeuten?

Die peruanische Politologin Milagros Campos verneinte das in einem Interview mit der „Zeit“. Ungleichheit, Armut und Korruption lassen sich auch mit Neuwahlen nicht aus der Welt schaffen, so ihre Überzeugung. Die Pandemie habe die großen Lücken im Gesundheitssystem, der Bildung und Infrastruktur erst sichtbar gemacht. Sie bezeichnet das vorherrschende politische System in ihrem Heimatland als „unvollkommene Demokratie“. Die Kluft zwischen Stadt und Land, reich und arm, rechts und links, scheint derzeit unüberwindbar.

Droht ein Bürgerkrieg?

Laut Angaben des peruanischen Ombudsmannes für Menschenrechte wurden bereits im Dezember mindestens acht Menschen in Ayacucho getötet. Darunter soll sich ein

minderjähriges Opfer befunden haben. Die Investigativ-Zeitung „IDL Reporteros“ berichtete im Zuge dessen auch von Sicherheitskräften, die Schüsse auf unbewaffnete Demonstrierende abgefeuert haben sollen.

Videos aus Lima zeigen schwer bewaffnete Polizisten, die in den Straßen patrouillieren. Tausende Menschen strömen durch die Straßen, viele von ihnen sind aus den entlegenen Andengebieten in die Hauptstadt gereist. Leonela Labra ist eine von ihnen. Die 23-jährige Studentin kämpft für Gerechtigkeit: „Wir sind hier, weil wir dafür kämpfen, dass unser Land uns nicht weiter mit Füßen tritt“, sagt sie einem Reporter. Die amtierende Präsidentin steht für viele Demonstrierende für das verhasste Hauptstadt-Esta-

blishment. „Der Kampf geht weiter, Genossen“, sagt ein Demonstrierender und reckt die Faust in die Höhe. Aufnahmen wie diese gibt es unzählige. Die Protestierenden zeigen sich kampfbereit – trotz hoher Verluste. Unter dem Motto „Toma de Lima“ ziehen sie durch Lima, viele von ihnen tragen Plakate bei sich, mit konkreten Forderungen nach dem Rücktritt der Präsidentin und Neuwahlen. Diese Forderungen wurden bisher nicht erhört. Boluarte hat wiederholt einen Rücktritt ausgeschlossen.

Mehreren Medienberichten zufolge wurden zahlreiche Demonstrierende und regierungskritische Journalisten verletzt. Der peruanische Journalistenverband verzeichnete zudem gezielte Angriffe auf Medienschaffende in mehreren Städten, die zuvor über die Protestbewegung berichtet hatten.

Amnesty International hat Bilder bestätigt: Darauf ist unter anderem zu sehen, wie die Polizei auf der Plaza San Martin in Lima Tränengaskanister auf die Körper von Demonstrierenden abfeuert. Amnesty fordert daher in einer Meldung auf der offiziellen Webseite: „Die peruanischen Behörden müssen unverzüglich allen Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise gründlich, unabhängig und unparteiisch nachgehen. Amnesty International ist besonders besorgt darü-



Dina Boluarte

Foto: El Comercio/GDA via ZUMA Press Wire/dpa



Ein Polizist feuert in der peruanischen Hauptstadt Lima aus nächster Nähe eine Tränengasgranate auf Demonstrierende ab (Aufnahme vom Dezember 2022).

Foto: <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/peru-tote-durch-schuesse-von-armee-und-polizei> ©Harold Mejia/ Anadolu Agency via Getty Image

ber, dass das Polizeischutzgesetz (Nr. 3110), das seit März 2020 in Kraft ist, die Möglichkeit offenlässt, dass exzessive Gewaltanwendung durch die Nationalpolizei straffrei bleibt, was gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Perus verstößt.“ Sowohl die Nationalpolizei als auch das Militär „wenden unverhältnismäßige Gewalt gegen die Protestierenden an“, heißt es darin weiter. Die Proteste halten weiter an – und fordern mehr und mehr Verletzte und Tote. Die Situation verschärft sich zunehmend.

Der Flughafen musste zeitweise geschlossen werden, seit Wochen kommt es immer wieder zu Blockaden von Fernstraßen. Angesichts der Unruhen verhängte die peruanische Regierung einen Ausnahmezustand über das ganze Land. Zunächst für 30 Tage, dieser wird nun jedoch verlängert. Damit ist die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit im Land ausgesetzt. Boluarte versuchte, die Protestierenden zu beschwichtigen, indem sie vorschlug, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorzuziehen. Die Wahlen sollten ursprünglich erst 2026 stattfinden, sie

hatte verkündet, diese auf den Dezember dieses Jahres vorzuziehen. Beruhigt hat sich die Lage dadurch jedoch nicht.

Historischer Rassismus?

Der inhaftierte ehemalige Präsident gab dem spanischen Onlineportal „El Salto Diario“ ein Exklusivinterview aus dem Gefängnis, das am 7. Februar publiziert wurde. Darin antwortete er auf die Frage, ob er um sein Leben bange: „Ja, ich fürchte um mein Leben. In Peru gibt es keinerlei rechtliche, politische oder zivile Sicherheit.“ Er erzählt den Reportern von den Drohungen, die er von Menschen des rechten politischen Lagers erhalten haben soll: während seiner Kandidatur und nach seiner Wahl.

Die Vorkommnisse des 7. Dezembers beschreibt er als „Bekräftigung meinerseits. Ich wollte der politischen Klasse zu verstehen geben, dass die Volksmacht der höchste Ausdruck der Gesellschaft ist.“ Er habe das Volk über alles andere stellen wollen, so der einstige Präsident. Er sieht in dem „historischen Ras-

sismus“ Perus den Grund für die Aufstände und fordert eine Verfassungsänderung. Seine konkrete Forderung bezieht sich auf die Rechte der indigenen Völker, die man 500 Jahre lang vergessen habe.

Er selbst betrachte sich nach wie vor als Präsident des peruanischen Volkes, so Castillo. Für ihn ist die exzessive Gewaltanwendung der Polizisten ein Massaker, er wirft seiner Nachfolgerin vor, diktatorisch zu regieren. Seine Verhaftung sei nicht rechtens, so seine Überzeugung.

Das politische System Perus

Peru ist eine demokratische Republik. Die geltende Verfassung aus dem Jahr 1993 sieht vor, dass alle fünf Jahre ein neuer Staatspräsident gewählt wird. Dieser ist zugleich Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Regierungschef. Der Präsident ernennt und entlässt das Kabinett, wobei letzteres vom Parlament bestätigt werden muss. Die gesetzgebende Gewalt wird wiederum durch den Kongress gebildet. Bei den Wahlen 2021 gewann überraschend der Lehrer und Ge-

werkschaftsführer Pedro Castillo Terrones der marxistischen Partei Perú Libre mit einer Mehrheit von 50,1 Prozent. Er war vom 28. Juli bis zum 7. Dezember der 64. Präsident Perus.

Während der vergangenen beiden Jahrzehnte wurde die Debatte um soziale Bewegungen in Peru immer wieder neu angeheizt. Insbesondere unabhängige politische Gruppierungen gewannen in den 1990er Jahren zunehmend an Bedeutung im Land. Dabei entwickelten sich Formen des kollektiven Handelns, die vorher partiell von politischen Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden kanalisiert wurden. Es formierten sich zunehmend Netzwerke, bestehend aus Verwandten und Personen gleicher ethnischer Herkunft. Diese Netzwerke besitzen noch heute eine große gesellschaftliche Bedeutung in Peru.

Die indigene Bewegung in Peru

Durch die spanische Eroberung Perus in der Kolonialzeit wurde eine neue politische Ordnung geschaffen, in der sich die Konquistadoren gegenüber der indigenen Bevölkerung etabliert hatten. Im Zuge dieser Entwicklung wurde eine Art Kastensystem gebildet, in dem jeder ethnischen Gruppe eine spezifische Position innerhalb der Gesellschaft zugewiesen wurde. Ausgehend von diesem kolonialen Gesellschaftssystem entwickelte jede dieser einzelnen Gruppen ihre eigene Kultur.

Kreolen und Spanier etwa siedelten im heutigen urbanen Raum, während sich die indigenen Gruppen in die ländlichen Regionen zurückzogen. Nach der Ausrufung der Republik Peru im Jahr 1821 ging man formal von einer Gleichheit aller Bürger aus. Dabei handelte es sich jedoch lediglich um eine formale Gleichheit, denn die wirtschaftlichen und auch die sozialen Hierarchien bestanden weiterhin. Die koloniale Ordnung hatte auch Auswirkungen auf das politische System: So besaßen Analphabeten bis ins

Jahr 1980 kein Wahlrecht. Das bedeutete wiederum, dass ein Großteil der indigenen Bevölkerung von den politischen Wahlen und Prozessen ausgeschlossen war.

Die ethnischen Grenzen begannen erst zu verwischen, als die andine Landbevölkerung mehr und mehr in die Küstenstädte, allen voran nach Lima, strömte. Das Gesellschaftssystem, ein Überbleibsel der spanischen Eroberung, gestattete der indigenen Bevölkerung einerseits Autonomie in ihrer eigenen sozialen Ordnung, führte jedoch zugleich zu einer Zersplitterung der Gesellschaft. Diese äußert sich in vielen unterschiedlichen lokalen Identitäten innerhalb Perus.

Die soziale Protestbewegung als neuer gesellschaftspolitischer Akteur

Im Jahr 1997 kam es plötzlich vermehrt zu Studentendemonstrationen. Zahlreiche Studierende gingen auf die Straße, um gegen die damalige Regierung Fujimoris zu demonstrieren. Die jungen Akademiker empörten sich öffentlich über die Korruption der Regierung und der Parlamentarier.

Im Laufe der letzten Jahre haben vermehrt Umweltbewegungen und Arbeitskämpfe auf sich aufmerksam gemacht. Obgleich die Protestbewegungen, die sich aus unterschiedlichen Akteuren zusammensetzen, zunehmen, zeigt sich auch immer wieder die demokratische Schwäche des Landes. So werden Phasen der demokratischen Erneuerung meist von antidemokratischen Rückschlägen abgelöst.

Die aktuellen Proteste sorgen zwar international für Schlagzeilen, doch bisher sind konkrete Lösungsvorschläge nicht an der Tagesordnung. Stattdessen scheinen sich die Grenzen zunehmend zu verhärten. Bauerngewerkschaften, Bürgerorganisationen und Studentenbewegungen ziehen durch die Straßen. Auch beim Gedenkmarsch für die getöteten Demonstrierenden in Peru kam

es kürzlich erneut zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, dabei wurden Medienberichten zufolge mehr als 50 Menschen verletzt. „Das vergossene Blut wird niemals vergessen“ und „Wie viele Tote soll es noch geben, bevor Sie zurücktreten“, war auf den Schildern der Protestierenden zu lesen. Statt friedlicher Verhandlungen steigt die Zahl Verletzter bei den Massendemonstrationen jedoch weiterhin. „Wir haben Pedro Castillo gewählt und wollen, dass unsere Stimmen respektiert werden“, sagte ein Demonstrant gegenüber der Deutschen Welle. Die Hoffnung auf eine politische Veränderung treibe sie weiterhin auf die Straße, so der Peruaner.

Sophie Holzäpfel

Literatur:

Interview von Alexandra Endres, in der „Zeit“, publiziert am 13. Februar 2023, „Peru ist eine Demokratie ohne Parteien“ online unter: Demonstrationen in Peru: „Es mangelt an Vertrauen“ | ZEIT ONLINE

ZDF-Beitrag auf YouTube über die Proteste in Peru, unter: Proteste in Lima: Peru an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg? | auslandsjournal - YouTube, 02.02.2023.

FAZ-Beitrag auf YouTube, unter: Proteste in Peru: „Der Kampf geht weiter, Genossen“ - YouTube, 12.01.2023

Amnesty International, unter: Peru | Proteste | Staatliche Gewalt | Tote und Verletzte | 13.12.2022 (amnesty.de)

Interview mit Pedro Castillo von Julio Zamarrón, übersetzt von Klaus Lehmann und Vilma Guzmán, online unter: Pedro Castillo: „Sie stellen mich als Monster dar. Ich bin der Präsident von Peru“ | amerika21.de

Kubanische Regierung reagiert auf Massenproteste mit Haftstrafen und Verschärfung der Strafgesetze

Hunderte friedliche Demonstranten sitzen in Kubas Gefängnissen. Sie wollen die Missstände nicht mehr hinnehmen: den Mangel an Lebensmitteln, Artikeln des Grundbedarfs und Medikamenten, die ständigen Strom- und Internetausfälle und die andauernden Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Am 11. Juli 2021 begannen landesweit Demonstrationen. Die Regierung reagierte mit äußerster Härte, es gab zahlreiche willkürliche Festnahmen und zum Teil hohe Gefängnisstrafen – nach offiziellen Angaben kam ein Mensch zu Tode. Im Herbst 2022, nach dem Hurrikan „Ian“, folgte eine weitere Protestwelle. Das neue kubanische Strafgesetzbuch, das am 1. Dezember 2022 in Kraft trat, schränkt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit noch mehr ein. Scharen von Menschen versuchen, das Land zu verlassen. Manche werden auch von den Behörden gezwungen, ins Exil zu gehen.

Wirtschaftliche Not

Verantwortlich für die schlechte wirtschaftliche Lage ist unter anderem das seit 1960 bestehende Wirtschafts- und Finanzembargo der USA gegen Kuba. Seit 1994 hat Amnesty International wiederholt die US-Regierung aufgefordert, das Embargo aufzuheben, da es die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der kubanischen Bevölkerung, besonders das Recht auf Gesundheit, verletze. Nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba im Jahr 2014 kam es zu einer Lockerung des Embargos. Der damalige US-Präsident Obama hatte zahlreiche Embargobeschränkungen aufgehoben, für die keine Zustimmung des Kongresses notwendig gewesen war. Sein Nachfolger Trump nahm aber einige Erleichterungen

wieder zurück. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechterten sich. Unter der Biden-Regierung gab es im letzten Jahr wieder Zeichen der Entspannung. Unter anderem soll Kubanern die Einreise zu Verwandten in den USA erleichtert werden. Damit macht Biden einen Schritt seines Vorgängers Trump rückgängig. Ende letzten Jahres traf sich eine Gruppe von US-Politikern in Havanna mit führenden Regierungsmitgliedern Kubas zu Gesprächen mit dem Ziel, die bilateralen Beziehungen zu verbessern. Nach dem Hurrikan „Ian“, der im September 2022 den Westen Kubas verwüstet hatte, bat die kubanische Regierung Washington erstmals um Hilfe. Diese schickte daraufhin humanitäre Hilfe im Wert von zwei Millionen Dollar – nicht ganz uneigennützig: Werden die Bedingungen in Kuba nicht besser,

ist nicht zu ermitteln. Seit Monaten häufen sich die Meldungen über ertrunkene kubanische Bootsflüchtlinge. Menschen aus allen sozialen Schichten verlassen Kuba – viele von ihnen sind gut ausgebildet, vor allem junge Leute sehen keine Chance mehr in ihrem Land. Dringend gebrauchte Arbeitskräfte fehlen, eine zusätzliche Belastung für die kubanische Wirtschaft.

Die US-Botschaft in Havanna kündigte letztes Jahr an, ab Januar 2023 wieder sämtliche Visa vor Ort bearbeiten zu wollen und die Zahl von 20.000 pro Monat einzuhalten. Die Trump-Regierung hatte die Zahl der Botschaftsmitarbeiter auf eine kleine Kernbesetzung reduziert. Anfang Januar dieses Jahres gab Biden Pläne bekannt, künftig monatlich bis zu 30.000 Migranten aus Venezuela, Nicaragua, Kuba und Haiti befristete Arbeitsvisa zu erteilen, wenn sie sich vorher registrieren ließen, gültige Dokumente besäßen und einen finanziellen Bürgen nennen könnten. Im Gegenzug sollen allerdings monatlich 30.000 illegale Einwanderer aus diesen Ländern nach Mexiko abgeschoben werden. Dies soll die illegale Migration in die USA eindämmen. Seit der Corona-Pandemie gilt eine strikte Abschieberegelung, der zufolge Migranten an der Grenze zu Mexiko pauschal zurückgewiesen werden.

War die Corona-Pandemie auch für wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland schon eine große Herausforderung, so wirkte sich dieses



Bei den landesweiten Protesten am 11. Juli 2021 kam es zu massenhaften, willkürlichen Verhaftungen und exzessiver Gewaltanwendung.

Foto: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/five-things-you-should-know-cubas-11-july-protests>, Yamil Lage

Virus für Kuba verheerend aus. Durch die Pandemie brach der Tourismus, ein wichtiger Devisenbringer, ein. Er erholt sich nur langsam. Devisen werden dringend benötigt, da 80 Prozent der Lebensmittel importiert werden müssen. Nicht nur die unproduktive staatlich kontrollierte Wirtschaft belastet die Landwirte, sondern auch der Klimawandel, der zu längeren Dürreperioden, wärmeren Gewässern, heftigeren Stürmen und einem höheren Meeresspiegel geführt hat. Auch die Regenzeit dauert länger und die Niederschläge sind stärker. Die landwirtschaftliche Produktivität ist dadurch deutlich gesunken.

Schon morgens um fünf Uhr stehen Menschen in endlosen Warteschlangen an, um Lebensmittel und Artikel für den täglichen Grundbedarf zu ergattern. Eigentlich gibt es Grundnahrungsmittel auf staatliche Bezugsscheine, aber sie sind rationiert und oft wochenlang nicht zu bekommen. Viele Artikel sind nur auf dem Schwarzmarkt oder in Devisenläden erhältlich – zu absurd hohen Preisen und damit für die Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich. Das Internet-Portal „The Caribbean Embassy“ nannte im Juli 2022 folgende Preise: umgerechnet 2 bis 3 Euro für ein Pfund Reis oder Zucker, 3 bis 4 Euro für ein Pfund getrocknete Bohnen, 31 Euro für einen Liter Öl und 62 Euro für ein Kilogramm Milchpulver – und dies bei einem monatlichen Durchschnittsgehalt von umgerechnet 160 Euro und häufig nur 60 Euro Rente.

Auch die Folgen des Hurrikans „Ian“ belasten die Bevölkerung. Im vom Hurrikan besonders betroffenen Westen Kubas sieht man stark abgemagerte Menschen, auch wenn die Regierung Hunger im Land bestreitet.

Die Bevölkerung begehrt auf

Am 11. Juli 2021 brachen sich Verzweiflung und Unmut Bahn: Tausende demonstrierten landesweit gegen den Mangel an Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen

Gütern, die häufigen Strom- und Internetausfälle sowie gegen die andauernden systematischen Menschenrechtsverletzungen und massiven Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Seit Jahrzehnten waren nicht mehr so viele Unzufriedene auf die Straße gegangen. Obwohl die Proteste weitgehend friedlich blieben, reagierten die Behörden mit großer Härte unter dem Einsatz von Polizei und Militär: Es kam zu massenhaften, willkürlichen Verhaftungen und exzessiver Gewaltanwendung – einschließlich des Beschusses von Demonstranten durch die Polizei. 800 bis 900 Demonstrierende, darunter auch Jugendliche unter 18 Jahren, wurden festgenommen, manche von ihnen sind „verschwunden“. Ein Todesfall wurde offiziell bestätigt – Menschenrechtler berichten, ein Polizist habe dem Mann in den Rücken geschossen. Einige der Festgenommenen wurden gezwungen, das Land zu verlassen, viele sind noch ohne Gerichtsverfahren in Haft oder wurden unschuldig in unfairen Verfahren zu bis zu 30-jährigen Haftstrafen verurteilt.

Nach einer Reihe von Stromausfällen flammten Ende September 2022 die landesweiten Demonstrationen erneut auf. Wieder unter-

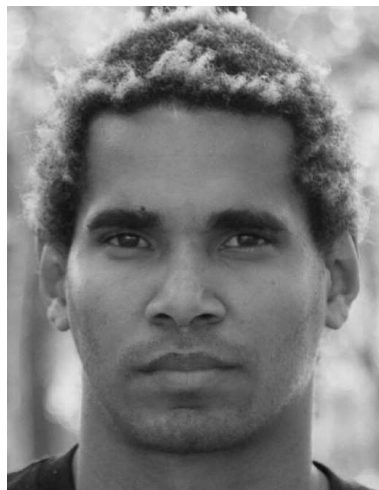
drückten die Sicherheitskräfte den Protest mit Gewalt und nahmen weitere Personen fest. Am Abend des 29. September schlossen die kubanischen Behörden offenbar absichtlich den Internetzugang im ganzen Land. Der Internetausfall dauerte mindestens zwei aufeinanderfolgende Nächte an. Die Behörden kontrollieren das einzige Telekommunikationsnetz im Land und schränken den Internetzugang häufig in politisch brisanten Zeiten oder bei Protesten ein. Protestierende, unabhängige Journalisten und Menschenrechtsbeobachter sollen so an der Kommunikation gehindert werden. Allerdings waren dadurch viele durch den Hurrikan „Ian“ in Not geratene Menschen ebenfalls isoliert.

Präsident Díaz-Canel kriminalisierte die Demonstranten und sprach am 2. Oktober letzten Jahres von einer Minderheit von „Konterrevolutionären“, die mit Verbindungen außerhalb Kubas „Akte des Vandalismus wie das Blockieren von Straßen oder das Werfen von Steinen“ begangen habe und mit der „Kraft des Gesetzes“ bekämpft werden würde.

Unfaire Verfahren hinter verschlossenen Türen

Im Zuge der Demonstrationen wurden nicht nur Hunderte von Menschen willkürlich verhaftet und in einigen Fällen misshandelt, sondern Aktivisten und Journalisten wurden – zum Teil schon vor den Protesten im Juli 2021 – auch überwacht oder unter Hausarrest gestellt. Ihnen wurde mit Inhaftierung gedroht, sobald sie das Haus verlassen würden. Angehörige von Inhaftierten und später freigelassene Häftlinge berichteten über zahlreiche Verletzungen ihrer Verfahrensrechte und über Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt.

Unter den Inhaftierten sind der Künstler Luis Manuel Otero Alcántara, der Musiker Maykel Castillo Pérez sowie der Anführer der inoffiziellen Opposition José Daniel Fer-



Der Künstler Luis Manuel Otero Alcántara wurde wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“, „Verachtung“ und „Beleidigung nationaler Symbole“ zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Foto: <https://write.amnestyusa.org/cases/luis-manuel-otero-alcantara>



Maykel Castillo Pérez, Mitverfasser der Protesthymne „Patria y Vida“, wurde zu neun Jahren Gefängnis verurteilt.

Foto: <https://www.amnesty.fr/actions-mobilisation/maykel-castillo-perez/>



Der inoffizielle Oppositionssprecher José Daniel Ferrer García wurde wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ angeklagt und trotz großer gesundheitlicher Probleme inhaftiert.

Foto: www.amnesty.de

rer García. Amnesty International erklärte alle drei zu gewaltlosen politischen Gefangenen, da sie nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hätten. Die Organisation forderte in weltweiten Briefaktionen die umgehende Freilassung der Männer.

Maykel Castillo Pérez und Luis Manuel Otero Alcántara gehören zur Initiative Movimiento San Isidro, in der sich zahlreiche Künstler, Journalisten, Akademiker und Aktivisten für die Meinungsfreiheit auf Kuba engagieren. Die Bewegung wurde ursprünglich gegründet, um gegen das Gesetz Nr. 349 zu protestieren, das 2018 eingeführt wurde und Künstler stark zensiert. Die Mitglieder der Bewegung sind häufig Zielscheibe der Behörden.

Maykel Castillo Pérez, Mitverfasser des regimekritischen Liedes „Patria y Vida“, das zu einer Protesthymne geworden war und für das er und mitbeteiligte Künstler im November 2021 den Latin Grammy Award erhalten hatten, war im Mai 2021 inhaftiert worden. Er hatte Konzerte gegen die Zensur in Kuba organisiert und in sozialen Medien kritisch über die Lage in Kuba berichtet. Er wurde wegen „Körperverletzung“, „Widerstand gegen Staatsbedienstete“, „Flucht vor Festnahme und Inhaftierung“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ an-

geklagt und im Juni 2022 zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Der Künstler Luis Manuel Otero Alcántara wurde verhaftet, nachdem er am 11. Juli 2021 in den sozialen Medien angekündigt hatte, sich den landesweiten Protesten anschließen zu wollen. Seit 2017 war er mehrfach verhaftet worden, stand unter ständiger Überwachung und war organisierten Diffamierungskampagnen ausgesetzt. Seine künstlerischen Werke wurden regelmäßig konfisziert oder zerstört. Er erkrankte im Gefängnis an Covid-19 und trat aus Protest gegen seine anhaltende Inhaftierung in den Hungerstreik. Im Juni 2022 wurde er wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“, „Verachtung“ und „Beleidigung nationaler Symbole“ zu fünf Jahren Haft verurteilt. Immer wieder wurden ihm Besuche und der Kontakt zu seiner Familie verwehrt.

Beiden Männern geht es durch die Haft gesundheitlich schlecht, trotzdem erhalten sie keine ärztliche Unterstützung.

José Daniel Ferrer García, Aktivist und Sprecher der inoffiziellen Oppositionsgruppe Unión Patriótica de Cuba, wurde im Juli 2021 von Angehörigen der Staatssicherheit festgenommen, als er versuchte, mit seinem Sohn an den Demonstrationen in Santiago de Cuba teilzunehmen. Er war schon im Vorfeld bedroht, schikaniert und überwacht worden. Nach seiner Festnahme gab es zunächst keine offiziellen Informationen über seinen Verbleib. Die Behörden erlaubten seinen Familienangehörigen nicht, ihn zu besuchen oder mit ihm zu kommunizieren. Im Juli 2022 informierte der UN-Ausschuss über das Verschwindenlassen die Nichtregierungsorganisation Prisoners

Defenders darüber, dass er die kubanische Regierung schriftlich aufgefordert habe, Informationen über das Schicksal und den Verbleib von José Daniel Ferrer García an seine Familie und Rechtsbeistände weiterzugeben. Zudem habe der Ausschuss detaillierte Informationen über die Kommunikationsmöglichkeiten des Gefangenen angefordert. Trotzdem ist José Daniel Ferrer García auch weiterhin nur ein stark eingeschränkter Kontakt zu seiner Familie und zur Außenwelt gestattet. Amnesty berichtete Ende Oktober 2022, der Oppositionelle befände sich laut Angaben seiner Familie seit 14. August 2021 in Einzelhaft ohne Kontakt zu anderen Gefangenen. Er leidet seit einiger Zeit an verschiedenen gesundheitlichen Beschwerden, die auf frühere lange Gefängnisaufenthalte zurückgehen. Seine Familie berichtet, dass er seit seiner Inhaftierung im Juli 2021 stark abgenommen und verschiedene weitere gesundheitliche Probleme entwickelt habe. Trotzdem erwäge er einen Hungerstreik, um gegen seine Inhaftierung zu protestieren. Bereits 2020 war José Daniel Ferrer García nach einem Prozess voller Unregelmäßigkeiten zu viereinhalb Jahren Hausarrest verurteilt worden. Amnesty International konnte Dokumente einsehen, aus denen hervorgeht, dass ein Provinzgericht in Santiago aufgrund der neuen Anklage wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ seinen Hausarrest im August 2021 in eine Gefängnisstrafe umgewandelt hat.

Letztes Jahr im März bat Amnesty International um die Einreise nach Kuba, um die Prozesse infolge der Massenproteste des 11. Juli 2022 verfolgen zu können – ohne Erfolg, wie schon in den letzten Jahrzehnten, in denen die kubanische Regierung mehrere Anträge auf Einreisegenehmigung abgelehnt hatte. Kuba ist das einzige Land auf dem amerikanischen Kontinent, das Amnesty-Vertreter nicht einreisen lässt. Vielen weiteren Nichtregierungsorgani-

sationen geht es genauso. Vertreter der UN oder einzelner Länder dürfen zwar manchmal einreisen, aber nicht an Gerichtsverhandlungen teilnehmen und normalerweise auch nicht Inhaftierte besuchen.

Amnesty bezeichnet die Verfahren gegen die Demonstranten als unfair und intransparent. Die meisten Inhaftierten wurden auf der Grundlage von Straftatbeständen angeklagt, die seit Langem dazu genutzt werden, Oppositionelle zum Schweigen zu bringen, und die häufig gegen internationale Menschenrechtsnormen verstoßen. Gemäß der 2019 in Kraft getretenen neuen Verfassung sind theoretisch Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gewährleistet. Es steht aber alles unter dem Vorbehalt, dass der sozialistische Staat nicht in Frage gestellt werden darf. Artikel 4 der Verfassung bezeichnet das sozialistische System als „unwiderruflich“ und Artikel 5 legt die Kommunistische Partei Kubas als einzige legale Partei fest.

Neues kubanisches Strafgesetzbuch – unvereinbar mit internationalen Menschenrechtsstandards

Am 1. Dezember 2022 trat ein neues Strafgesetzbuch in Kraft. Amnesty kritisiert, dass es die Meinungs- und Versammlungsfreiheit noch stärker einschränke als das vorige aus dem Jahr 1987.

Viele Beschuldigungen, die üblicherweise gegen Oppositionelle verwendet wurden – wie zum Beispiel „Störung der öffentlichen Ordnung“, „Verachtung“, „Beleidigung nationaler Symbole“ und „Widerstand“ –, bleiben im neuen Strafgesetzbuch mit einigen Änderungen im Wortlaut erhalten, aber die Mindeststrafen haben sich erhöht. So werden beispielsweise „Störung der öffentlichen Ordnung“, „Verachtung“ und „Widerstand“ jetzt mit Mindeststrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und/oder einer Geldstrafe geahndet, während das frühere Strafgesetzbuch eine Mindeststrafe von drei

Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis und/oder eine Geldstrafe vorsah. Auch die „Beleidigung nationaler Symbole“, worunter beispielsweise die Verunglimpfung der Flagge oder der Nationalhymne zu verstehen ist, wird nun mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis fünf Jahren oder einer hohen Geldstrafe oder beidem bestraft, während nach dem früheren Strafgesetzbuch eine Strafe von drei Monaten bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe vorgesehen war. Amnesty International wendet sich gegen Gesetze, die die Beleidigung oder Missachtung von Staatsoberhäuptern oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des Militärs oder anderer öffentlicher Einrichtungen sowie von Flaggen oder Symbolen verbieten. Damit werde legitime Kritik an der Regierung oder an Amtsträgern unterbunden und das Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt.

Nach der neuen Gesetzeslage kann jede Person, die „die verfassungsmäßige Ordnung und das normale Funktionieren des Staates und der kubanischen Regierung gefährdet“, mit einer Freiheitsstrafe von vier bis zehn Jahren bestraft werden. Solche Straftatbestände sind vage und subjektiv und leisten der Willkür Vorschub.

Das neue Strafgesetzbuch verbietet jede Annahme oder Verwendung von Finanzmitteln, die als „Finanzierung von Aktivitäten gegen den kubanischen Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung“ gelten. Wer zuwiderhandelt, muss mit einer Strafe von vier bis zehn Jahren Gefängnis rechnen. Dies trifft besonders unabhängige Journalisten, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger.

Mit einer Reihe vage formulierter Straftatbestände im Zusammenhang mit „Telekommunikation, Informations- und Kommunikationstechnologien“ wird das Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet stark eingeschränkt. Außerdem kann jede Person, die wissentlich „gefälschte Informationen“ verbreitet, mit sechs Monaten bis zu zwei Jah-

ren Gefängnis oder einer Geldstrafe oder beidem bestraft werden, wobei die Strafen noch höher ausfallen, wenn die Informationen in sozialen Medien oder in Online- oder Offline-Medien verbreitet werden. Ungenau formulierte und zu weit gefasste Gesetze, die beispielsweise die Verbreitung von „gefälschten Informationen“ verbieten, werden oft zur Verurteilung Oppositioneller herangezogen und sind mit den internationalen Menschenrechtsstandards und Gesetzen zum Recht auf freie Meinungsäußerung unvereinbar.

Entgegen dem weltweiten Trend hält die kubanische Regierung auch im neuen Strafgesetzbuch an der Todesstrafe fest. Für 23 Straftaten, darunter auch politische, ist die Todesstrafe vorgesehen. Die Gesetzeslage wurde verschärft: Auch auf Volksverhetzung und „Aktionen gegen die Unabhängigkeit“ steht nun die Todesstrafe. Zuletzt war die Todesstrafe am 11. April 2003 in drei Fällen vollstreckt worden, davor hatte ein dreijähriges inoffizielles Hinrichtungsmoratorium gegolten.

Amnesty fordert Dialog statt Repressionen

Die kubanische Regierung macht weiterhin ausschließlich das US-amerikanische Wirtschafts- und Finanzembargo für die Versorgungskrise im Land verantwortlich. Obwohl sich auch Amnesty International gegen das Embargo ausspricht, weist die Organisation darauf hin, dass es nicht die Gewalt der Behörden gegenüber den Protestierenden rechtfertigt. Die Regierung müsse die Grundbedürfnisse der Bevölkerung erfüllen, soweit die zur Verfügung stehenden Ressourcen dies ermöglichen. Amnesty fordert Präsident Díaz-Canel und sein Kabinett auf, in einen echten Dialog mit den unterschiedlichen Akteuren der unabhängigen Zivilgesellschaft zu treten, damit unter Einbeziehung der Bevölkerung Lösungen gefunden werden können, die mit den Menschenrechten im Einklang stehen.

Eva Scheerer

Unsichtbar - in der Mitte der Gesellschaft? Gesicht zeigen gegen Antisemitismus!

Ein Kunstprojekt von Peter Krullis und Lissi Maier-Rapaport

Ausstellung:

Dienstag 23.05. bis Freitag, 07.07.2023

Eröffnung am Montag, 22.05.2023, um 20:00 Uhr (um formlose Anmeldung unter kultur@kreis-tuebingen.de wird gebeten)

Begleitveranstaltung am Mittwoch, 21.06.2023, um 18:30 Uhr mit Fredy Kahn

Landratsamt Tübingen, Glashalle EG und 1. OG, Wilhelm-Keil-Straße 50, 72072 Tübingen

Im Rahmen der Eröffnung am Montag, 22. Mai 2023, stellen die Künstlerin Lissi Maier-Rapaport und der Künstler Peter Krullis ihr aktuelles Projekt im Gespräch mit Kreisarchivar Dr. Wolfgang Sannwald vor. Der Landrat Joachim Walter eröffnet die Veranstaltung.

Fredy Kahn berichtet in der Begleitveranstaltung am Mittwoch, 21. Juni 2023, über das Außergewöhnliche seiner Familiengeschichte, eine mehr als 300 Jahre bestehende Ansässigkeit in einem schwäbischen Judendorf – Heimkehr und Neubeginn seines Vaters Harry Kahn als Viehhändler nach vier Jahren in Konzentrationslagern sowie über persönliche Erfahrungen und seinen Werdegang als 1947 geborener Jude im Nachkriegs-Deutschland.

Nach verschiedenen Installationen zur Deportation und Ermordung Tübinger Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus überführen die beiden Kunstschaffenden ihre Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus aus der Erinnerungskultur in die Gegenwart.

Im Mittelpunkt des Kunstprojektes stehen Fotoportraits, die zusammen mit einem persönlichen Statement der jeweiligen Personen prä-

sentiert werden. Die Fotos zeigen Menschen jüdischer und nichtjüdischer Herkunft, die sich beteiligt haben, um ihre Erfahrungen mit dem



Thema öffentlich zu machen und gemeinsam gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen. Der dokumentarische Teil wird durch Fragebögen und deren Auswertung in einer Zusammenfassung präsentiert. An dem Projekt haben sich mehr als 80 Personen beteiligt.

Kontinuierlich steigt die Zahl der antisemitischen Straftaten in

Deutschland an und bewegt sich auf hohem Niveau. Hinzu kommt der Antisemitismus im Alltag. So wird im Schulhof „Du Jude“ als

Schimpfwort benutzt, jüdische Stereotype finden wieder Verbreitung und direkte verbale oder physische Angriffe finden statt, die oft nicht zur Anzeige kommen. Befeuert wurde der Anstieg auch durch die Pandemie und die damit zusammenhängenden Verschwörungsmymen sowie Hass gegen Israel.

Viele Personen jüdischer Herkunft, ob religiös oder säkular, die in Deutschland leben, beginnen deshalb ihre Identität zu verbergen, da sie sich nicht mehr sicher fühlen. Aus diesem Grund scheint es den Kunstschaffenden notwendig, sich immer wieder mit dem Thema Antisemitismus

auseinanderzusetzen – nicht das Jüdischsein bzw. das Leben der Menschen jüdischer Herkunft in Deutschland muss thematisiert werden, sondern der gesellschaftliche Umgang damit, der es immer wieder aus der Selbstverständlichkeit heraushebt. Dies und die persönliche Begegnung ist eines der Kernanliegen des Projektes.

VIETNAM:**Haft wegen Engagements gegen Landraub**

Unter www.amnesty-tuebingen.de finden
Sie Briefvorschläge der Deutschen Sektion
von Amnesty International.

Der junge Aktivist Trinh Ba Tu kämpft gemeinsam mit seinem Bruder Trinh Ba Phuong für Landrechte. Ihr Einsatz begann, als ihre Mutter Can Thi Theu 2014 für mehrere Jahre in Haft kam, weil sie Proteste gegen Landraub angeführt hatte. In den darauffolgenden Jahren waren die Brüder aufgrund ihres Engagements immer wieder Schikanen und Angriffen der Behörden ausgesetzt. Im Juni 2020 wurden sowohl die beiden Brüder als auch ihre Mutter festgenommen, weil sie sich in den sozialen Medien zu Menschenrechtsverletzungen in Vietnam geäußert hatten. Im Mai 2021 wurde Trinh Ba Tu zu acht Jahren Gefängnis und drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Nach Angaben seiner Familie wurden ihm im Gefängnis lange Zeit Besuche verwehrt, er wurde vom Personal geschlagen und zehn Tage lang mit gefesselten Beinen in einem Disziplinarraum festgehalten. Aus Protest gegen diese Behandlung trat er im September 2022 für 22 Tage in den Hungerstreik. Die drei Landrechtsaktivist*innen müssen umgehend und bedingungslos freigelassen werden.



Trinh Ba Tu

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2023 höflich formulierte Briefe an den vietnamesischen Premierminister und fordern Sie ihn auf sicherzustellen, dass das politisch motivierte Urteil gegen Trinh Ba Tu aufgehoben wird und dass er, seine Mutter und sein Bruder umgehend freigelassen werden. In der Zwischenzeit müssen ihre Haftbedingungen verbessert und die Misshandlung der Inhaftierten im Gefängnis Nr. 6 der Provinz Nghe An unterbunden werden.

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:

Prime Minister Pham Minh Chinh
No.16 Le Hong Phong Street
Ba Dinh District
Hanoi city 10000
VIETNAM

Tel.: 0084 – 08 04 31 62

Fax: 0084 – 08 04 89 24

Twitter: @VietNam_UN / @MOFAVietNam

Facebook: @thongtinchinphu @congantinhnghean

E-Mail: thongtinchinphu@chinphu.vn; vpcp@chinphu.vn

(Anrede: Dear Prime Minister Pham Minh Chinh /

Sehr geehrter Herr Premierminister)

(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam
S. E. Herr Vu Quang Minh
Elsenstraße 3
12435 Berlin

Fax: 030 – 53 63 02 00

E-Mail: sqynberlin@t-online.de

(Standardbrief: 0,85 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Premierminister,

der junge Aktivist Trinh Ba Tu kämpft gemeinsam mit seinem Bruder Trinh Ba Phuong und seiner Mutter Can Thi Theu für Landrechte. Die Mutter kam 2014 für mehrere Jahre in Haft, weil sie Proteste gegen Landraub angeführt hatte. In den darauffolgenden Jahren waren die Brüder aufgrund ihres Engagements immer wieder Schikanen und Angriffen der Behörden ausgesetzt. Im Juni 2020 wurden sowohl die beiden Brüder als auch ihre Mutter festgenommen, weil sie sich in den sozialen Medien zu Menschenrechtsverletzungen in Vietnam geäußert hatten. Im Mai 2021 wurde Trinh Ba Tu zu acht Jahren Gefängnis und drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Nach Angaben seiner Familie wurden ihm im Gefängnis lange Zeit Besuche verwehrt, er wurde vom Personal geschlagen und zehn Tage lang mit gefesselten Beinen in einem Disziplinarraum festgehalten. Aus Protest gegen diese Behandlung trat er im September 2022 für 22 Tage in den Hungerstreik.

Bitte stellen Sie sicher, dass das politisch motivierte Urteil gegen Trinh Ba Tu aufgehoben wird und dass er, seine Mutter und sein Bruder umgehend freigelassen werden. In der Zwischenzeit müssen ihre Haftbedingungen verbessert und die Misshandlung der Inhaftierten im Gefängnis Nr. 6 der Provinz Nghe An unterbunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

SIMBABWE:

Oppositioneller Journalist seit acht Jahren „verschwunden“



Im März 2023 jährt sich das Verschwinden des Journalisten und Demokratieaktivisten Itai Dzamara zum achten Mal. Seither gab es keine Fortschritte bei den Ermittlungen, und seine Familie wartet noch immer auf Antworten. Am Morgen des 9. März 2015 hatten fünf unbekannte Männer Itai Dzamara in einem Friseursalon in einem Vorort von Harare entführt. Sie warfen ihm vor, Vieh gestohlen zu haben, legten ihm Handschellen an und verschleppten ihn in einem Auto. Zwei Tage vor seinem Verschwinden hatte Itai Dzamara an einer Kundgebung der demokratischen Oppositionspartei „Movement for Democratic Change“ in Harare teilgenommen und dort auch eine Rede gehalten, in der er zu Massenprotesten gegen die sich stetig verschlechternde Wirtschaftslage in Simbabwe aufgerufen hatte.

Itai Dzamara war bereits am 2. Dezember 2014 von Sicherheitskräften angegriffen, geschlagen und rechtswidrig festgenommen worden. Damals waren er und zwei weitere Demokratieaktivist*innen bei einem friedlichen Protest in Harare entführt und in der Zentrale der Regierungspartei ZANU-PF (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front) von Parteimitgliedern ausgeraubt und geschlagen worden. Anschließend hatte man sie in das zentrale Polizeirevier von Harare gebracht und an Sicherheitskräfte übergeben, die sie folterten und danach ohne Anklage freiließen. Wegen der schweren Folterverletzungen mussten sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2023 höflich formulierte Briefe an den Präsidenten von Simbabwe und fordern Sie ihn auf, einen unabhängigen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um das Verschwinden und den Verbleib von Itai Dzamara umfassend aufzuklären, sowie die mutmaßlichen Täter*innen vor Gericht zu stellen. Darüber hinaus müssen die Behörden, falls er sich in staatlichem Gewahrsam befindet, umgehend den Ort seiner Inhaftierung offenlegen und dafür sorgen, dass er nicht gefoltert oder anderweitig misshandelt wird.

Schreiben Sie in gutem Shona, Englisch oder auf Deutsch an:

President Emmerson Mnangagwa
President of the Republic of Zimbabwe
Office of the President, Munhumutapa Building
Corner Samora Machel Avenue and Sam Nujoma Street
Private Bag 7700, Causeway
Harare
SIMBABWE

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Simbabwe
I. E. Frau Alice Mashingaidze
Dannenwalder Weg 91
13439 Berlin

E-Mail: infor@zimembassyberlin.com
(Standardbrief: 0,85 €)

Twitter: @edmnangagwa / Hashtag: #WhereisItai?
(Anrede: Your Excellency / Ihre Exzellenz)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Briefvorschlag:

Ihre Exzellenz,

im März 2023 jährt sich das Verschwinden des Journalisten und Demokratieaktivisten Itai Dzamara zum achten Mal. Seither gab es keine Fortschritte bei den Ermittlungen, und seine Familie wartet noch immer auf Antworten. Am Morgen des 9. März 2015 hatten fünf unbekannte Männer Itai Dzamara in einem Friseursalon in einem Vorort von Harare entführt. Zwei Tage vor seinem Verschwinden hatte Itai Dzamara an einer Kundgebung der demokratischen Oppositionspartei „Movement for Democratic Change“ in Harare teilgenommen und dort auch eine Rede gehalten, in der er zu Massenprotesten gegen die sich stetig verschlechternde Wirtschaftslage in Simbabwe aufgerufen hatte. Itai Dzamara war bereits am 2. Dezember 2014 von Sicherheitskräften rechtswidrig festgenommen und gefoltert worden.

Ich bitte Sie dringend, einen unabhängigen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um das Verschwinden und den Verbleib von Itai Dzamara umfassend aufzuklären, sowie die mutmaßlichen Täter*innen vor Gericht zu stellen. Darüber hinaus müssen die Behörden, falls er sich in staatlichem Gewahrsam befindet, umgehend den Ort seiner Inhaftierung offenlegen und dafür sorgen, dass er nicht gefoltert oder anderweitig misshandelt wird.

Hochachtungsvoll

MAROKKO:**Unterstützungsbrief an inhaftierten Menschenrechtsverteidiger**

Am 7. November 2022 wurde Rida Benotmane, ein marokkanischer Menschenrechtsverteidiger und Mitglied der Organisation Association Marocaine des Droits Humains, aufgrund konstruierter Anklagen zu drei Jahren Haft verurteilt. Die Polizei hatte ihn im September 2022 wegen mehrerer Beiträge in den sozialen Medien verhört, in denen er zu Protesten gegen die Misshandlung durch die marokkanischen Sicherheitskräfte aufgerufen hatte und die Behörden dafür kritisiert hatte, dass sie die Rufe der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit ignorierten. Er hatte außerdem davor gewarnt, dass die Behörden, die immer häufiger gegen kritische Stimmen vorgehen, Corona-Impfpässe als Mittel der Unterdrückung einsetzen könnten. Seit diesem Verhör ist Rida Benotmane willkürlich und unter unfairen Bedingungen im Gefängnis Arjat-1 in der Stadt Salé inhaftiert.



Obwohl es normalerweise erlaubt ist, dass Familien Bilder an Inhaftierte schicken können, verbietet ihm das Gefängnispersonal, Fotos von seiner Frau zu erhalten. Familienbesuche sind ihm nur alle zwei Wochen und unter Aufsicht gestattet. Darüber hinaus darf er seine Zelle nur ein Mal am Tag für einen einstündigen Rundgang allein verlassen.

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2023 aufmunternde Briefe an Rida Benotmane und drücken Sie darin Ihre Solidarität mit ihm aus. Niemand sollte inhaftiert werden, weil er seine Meinung sagt. Zeigen Sie ihm, dass Sie mit seiner willkürlichen und unfairen Inhaftierung nicht einverstanden sind und sagen Sie ihm, dass die Gesetze abgeschafft werden sollten, die die friedliche Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung bestrafen.

Schreiben Sie in gutem Französisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Rida Benotmane
 Numéro d'écrou 42082 Pavillon A.1
 Prison locale
 Al Arjat
 Salé
 MAROKKO
 Hashtag: #FreeRida
 (Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Benotmane,

ich bin durch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International auf Sie aufmerksam geworden. Die Organisation hat im Oktober 2022 in einer Eilaktion dazu aufgerufen, in Briefen die marokkanischen Behörden aufzufordern, Sie umgehend freizulassen und alle Anklagen gegen Sie fallen zu lassen.

Ich bin entsetzt, dass Sie nach einem unfairen Verfahren willkürlich inhaftiert wurden und unter schlechten Bedingungen festgehalten werden. Die Gesetze, die die friedliche Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung bestrafen, müssen abgeschafft werden.

Ich möchte Ihnen gegenüber nicht nur mein Mitgefühl und meine Solidarität ausdrücken, sondern auch meine Hochachtung dafür, dass Sie sich trotz der Gefahr so engagiert und furchtlos für die Menschenrechte eingesetzt haben.

Ich hoffe sehr auf Ihre baldige Freilassung!

Mit allen guten Wünschen grüße ich Sie herzlich

Mitleid allein hilft nicht!



So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter und Todesstrafe engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen“, Eilaktionen, s.u.)
- durch finanzielle Unterstützung

Einzelspenden bitte an das Konto: Bank für Sozialwirtschaft - Spendenkonto: IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00; BIC: BFSWDE33XXX (Kto. 80 90 100; BLZ 370 205 00), bitte unter Angabe der Gruppen-Nummer 1322 (oder anderer Gruppen-Nummer, s. unten) oder **regelmäßige finanzielle Unterstützung** (s. Förderer-Erklärung)

Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!



Infocoupon

Ich möchte

- ☐ weitere Informationen über Amnesty International
- ☐ die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- ☐ an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- ☐ an Eilaktionen teilnehmen
- ☐ aktiv mitarbeiten
- ☐ an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe):

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:

Amnesty International
ANKLAGEN-Redaktion
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen

Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin:

IBAN:

BIC:

Betrag: EUR

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Ort/Datum:

Zahlungsweise: ☐ monatlich
☐ vierteljährlich
☐ jährlich

Datum/Unterschrift:

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. unten):

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.



Albstadt, Gruppe 1508
Hedi Abel
Hunsrückstr. 1
72458 Albstadt 1
Tel. 07431 4715
www.ai-albstadt.de

Esslingen, Gruppe 1350
Gunther von Kirchbach
Barbarossastraße 50
73732 Esslingen
Tel. 0711 375409
info@amnesty-es.de

Göppingen, Gruppe 1110
Claus Fischer
Stuifenstr. 8
73104 Börtlingen
clausrfischer@googlemail.com

Hechingen, Gruppe 1545
Francoise Schenkel
Reuteweg 33
72417 Jungingen
Tel. 07477 8611

Herrenberg, Gruppe 1635
Amnesty International
Stuttgarter Str. 12
71083 Herrenberg
Tel. 07452 75219
www.amnesty-herrenberg.de

Nürtingen, Gruppe 1651
Wolfgang Altenpohl
www.amnesty-nuertingen.de
info@amnesty-nuertingen.de

Rottweil, Gruppe 1548
Oliver Stenzel
Neckarstr. 54
78628 Rottweil
beglueckt@t-online.de

Tübingen, Gruppe 1322
Amnesty International
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen
www.amnesty-tuebingen.de
info@amnesty-tuebingen.de

Villingen-Schwenningen,
Gruppe 1236
Caroline Weber
Berliner Platz 1
78048 VS-Villingen
Tel. 07721 9169272
www.ai-villingen-schwenningen.de
carolina.weber60@yahoo.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

